

Sammeltitel – Titre collectif

**Staatsrechnung
und Nachtrag I**
**Compte d'Etat
et supplément I**

99.012

Staatsrechnung 1998
Compte d'Etat 1998

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 31. März 1999
 Message et projets d'arrêté du 31 mars 1999

Bezug bei der Eidgenössischen Drucksachen-
 und Materialzentrale, 3000 Bern
 S'obtient auprès de l'Office central fédéral
 des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Beschluss des Ständerates vom 1. Juni 1999
 Décision du Conseil des Etats du 1er juin 1999

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

99.013

Voranschlag 1999. Nachtrag I
Budget 1999. Supplément I

Botschaft und Beschlussentwurf vom 31. März 1999
 Message et projet d'arrêté du 31 mars 1999

Bezug bei der Eidgenössischen Drucksachen-
 und Materialzentrale, 3000 Bern
 S'obtient auprès de l'Office central fédéral
 des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Beschluss des Ständerates vom 1. Juni 1999
 Décision du Conseil des Etats du 1er juin 1999

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Fässler Hildegard (S, SG), Berichterstatte(rin): Für die Finanzrechnung 1998 war ein Defizit von 7,6 Milliarden Franken budgetiert worden. Bei Rechnungsabschluss zeigt sich nun ein Einnahmenüberschuss von 484 Millionen Franken. Wie ist dies möglich?

Der Börsengang der Swisscom brachte einen Nettoerlös von 2,7 Milliarden Franken und Einnahmen aus den Emissionsabgaben von 240 Millionen Franken. Berücksichtigt man diese ausserordentliche Situation, so verbleibt ein Defizit von etwa 2,5 Milliarden Franken. Dieser Betrag entspricht genau dem Ziel des Verfassungsartikels, der unter dem Titel «Haushaltziel 2001» bekannt ist, allerdings nicht für 1998, sondern für das Jahr 2000.

Natürlich verstehe ich all jene, die im Verlauf der Kommissionsarbeit an der Rechnung 1998 nicht müde wurden zu betonen, das «Haushaltziel 2001» sei noch längst nicht gesichert und nur mit äusserster Zurückhaltung und der Umkehr der jetzt wieder sichtbar nachlassenden Ausgabendisziplin zu erreichen. Hier möchte ich aber klar festhalten, dass die pessimistischen Einschätzungen der momentanen Situation, nach denen jede noch so vernünftige Ausgabe verhindert werden sollte, nicht geteilt werden müssen.

Selbst wenn der Swisscom-Börsengang nicht mit berücksichtigt wird, beträgt das Defizit immerhin 2,8 Milliarden Franken weniger als im Vorjahr. Der damalige Kommissionsprecher monierte noch, das Defizit des Jahres 1997 sei um 900 Millionen Franken höher als jenes des Vorjahres.

Zu den Gründen für den besseren Rechnungsabschluss: Nachdem auf der Ausgabenseite die Abweichungen vom Voranschlag etwa jenen der Vorjahre entsprechen, liegen die Gründe für das bessere Ergebnis auf der Einnahmenseite. Zu erwähnen sind Mehreinnahmen bei der Verrechnungssteuer, den Stempelabgaben und der direkten Bundessteuer. Bestätigung fand die Aussage, dass ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zur Sanierung des Haushaltes wesentlich beiträgt. Rund 300 Millionen Franken Entlastung brachte zudem der auf den 1. Januar 1998 rückwirkend in Kraft gesetzte Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte.

Die Bruttoschulden belaufen sich jetzt auf etwa 110 Milliarden Franken, womit gesagt ist, dass unser Finanzproblem noch nicht gelöst ist. Immerhin darf aber konstatiert werden, dass die Schweiz 1998 – entgegen den Befürchtungen – die beiden finanzpolitischen Maastrichter Kriterien mit einer Defizitquote von 1,8 Prozent des BIP – bereinigt um die Effekte der Swisscom-Transaktion und des Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte – und mit einer Verschuldungsquote von 53 Prozent erfüllt hat.

Die Ausgaben verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 5,6 Prozent und die Einnahmen eine Zunahme von 21,2 Prozent. Diese letzte Zahl war letztes Jahr noch negativ.

Zur Aufteilung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr:

Verkehr: plus 1,6 Milliarden Franken. Änderungen in der Rechnungsdarstellung haben zu dieser Steigerung geführt, nicht etwa eine Änderung der Verkehrspolitik.

Finanzen und Steuern: plus 618 Millionen Franken. Höhere Bundeseinnahmen führen auch zu höheren Kantonsanteilen. Daneben wirken sich höhere Zinsausgaben zugunsten der Pensionskasse des Bundes aus.

Bildung und Grundlagenforschung: plus 57 Millionen Franken. Das sind ungefähr 1,9 Prozent, was fast eine Stabilisierung ist.

Soziale Wohlfahrt: plus 53 Millionen Franken, gleich 0,4 Prozent. Das ist eine Stabilisierung, nicht zuletzt wegen des Rückganges der Arbeitslosigkeit.

Landwirtschaft und Ernährung: plus 4 Millionen Franken, mit etwa 1 Promille stabil.

Ebenso stabil sind die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland.

Landesverteidigung: minus 42 Millionen Franken oder minus 0,8 Prozent. Damit beträgt der Anteil der Landesverteidigung an den Gesamtausgaben nur noch 11,5 Prozent.

Nachtragskredite: Sie betragen die Hälfte des Vorjahres, nämlich 0,8 Milliarden Franken.

Kreditreste: wie im Vorjahr 1,8 Milliarden Franken. 500 Millionen Franken allein bei den Darlehen an die Arbeitslosenkasse dank rückläufiger Arbeitslosenzahlen.

Personal: Da stagnierten die Ausgaben; das ist sicher auch das Ergebnis der Lohnmassnahmen, welche vom Bundesrat 1997 beschlossen wurden.

Zum Thema Pensionskasse des Bundes: Zum ersten Mal seit zehn Jahren schlägt Ihnen die Finanzkommission vor, die Sonderrechnung der Pensionskasse des Bundes zu genehmigen. Gemäss Artikel 63 der Verordnung über die Pensionskasse führt die Eidgenössische Finanzkontrolle die Kontrolle durch. Per Vertrag vom 5. Oktober 1998 bekam die Firma Atag Ernst & Young das Mandat für die Revision der Rechnung 1998. Deren Schlussfolgerungen wurden von der Eidgenössischen Finanzkontrolle übernommen und lauten dahingehend, dass die Sonderrechnung 1998 trotz folgender fünf Einschränkungen zu genehmigen ist:

1. Der Forderungsbestand von 185,2 Millionen Franken gemäss Bilanz der Pensionskasse des Bundes ist nicht lückenlos bestätigt.

2. Die in der Bundesbilanz ausgewiesenen Sperrkonten im Betrag von 162,8 Millionen Franken und das Kapital der Einlegerkasse von 8,3 Millionen Franken in der PKB-Bilanz sind nicht nachgewiesen.

3. Gewisse Unsicherheiten bestehen bezüglich der Qualität der Datenbasis, welche für die Berechnung des Deckungskapitals und somit zur Bestimmung des Fehlbetrages benötigt wird.

4. Es bestehen Unsicherheiten bezüglich der Richtigkeit der individuellen Daten verschiedener aktiv Versicherter.

5. Die Implementierung eines effizienten internen Kontrollsystems konnte im Jahr 1998 nicht integral realisiert werden. Es bleibt weiter erstaunlich, dass die Aufarbeitung der schon lange offensichtlichen Mängel erst so spät systematisch angegangen wurde. Gemäss Peter Arbenz, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Eidgenössischen Versicherungskasse, sollte es bis Mitte 2000 gelingen, die noch nicht behandelten 90 000 Dossiers zu kontrollieren, nachdem 28 000 Dossiers im Jahre 1998 überprüft worden waren, so dass die Rechnung 2000 in allen Punkten ordentlich abgenommen werden kann.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen Zustimmung zur Rechnung der Pensionskasse des Bundes mit den erwähnten Vorbehalten.

Die Anträge zu den drei Bundesbeschlüssen – A. Bundesbeschluss I über die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1998, B. Bundesbeschluss II über die Rechnung 1998 der Rüstungsunternehmen des Bundes sowie C. Bundesbeschluss III über die Rechnung des Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte für das Jahr 1998 – finden Sie auf der Fahne bzw. auf den Seiten 107 und 108 der Botschaft. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zum Beschluss I gemäss dem Beschluss des Ständerates.

Zum Nachtrag I zum Voranschlag 1999: Nach ausgiebiger Diskussion in den Subkommissionen und in der Gesamtkommission empfiehlt Ihnen die Finanzkommission Zustimmung zum Nachtrag I. Er besteht aus Nachtragskrediten in der Höhe von 187,3 Millionen Franken und Verpflichtungskrediten im Betrag von 409 Millionen Franken. Sie finden den Bundesbeschluss auf Seite 9 der Botschaft. 400 Millionen Franken der Verpflichtungskredite unterstehen übrigens der Ausgabenbremse. Bemängelt wurde in der Kommission, dass aus dem Kommentar zu den Nachträgen die Dringlichkeit – denn nur sie rechtfertigt Nachtragskredite – nicht immer ersichtlich wurde.

Ausserhalb dieser Botschaft wurde noch das Begehren zu einem weiteren Nachtragskredit gestellt. Sie finden ihn auf einem separaten Blatt. Das EDI beantragt unter der Rubrik 303, Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, einen Kredit von 284 000 Franken.

Die Kommission hat diesen Antrag mit 11 zu 6 Stimmen abgelehnt. Eine Kommissionsminderheit, hier vertreten durch Frau Kuhn, hat diesen Antrag des Bundesrates aufgenommen.

Ein kurzes Wort dazu: Der Bundesrat hat im Herbst 1998 eine interdepartementale Gruppe beauftragt, Massnahmen zu einer Sensibilisierungskampagne für die Wahlen im Herbst 1999 vorzuschlagen. Im Dezember 1998 schlug die Gruppe drei Varianten vor. Der Bundesrat bevorzugte die Variante 2, welche eine Plakataktion in drei ausgewählten Städten oder Agglomerationen, je eine pro Sprachregion, vorsieht. Diese Aktion soll als Test für weitere Massnahmen für spätere Wahlen dienen. Tenor der Plakataktion soll sein, zum Gang an die Urne generell und zur Wahl von Frauen speziell aufzurufen. Das Budget war ursprünglich bei der Bundeskanzlei angesiedelt. Da diese aber als Instruktionsinstanz bei Rekursen bezüglich Wahlangelegenheiten amtiert, schien dies nicht opportun, und das Budget kam zum Gleichstellungsbüro.

Der Entscheid des Bundesrates für die gewählte Variante kam spät. Andererseits soll der Test bereits bei den diesjährigen Parlamentswahlen gemacht werden können. Deshalb gelangt das Anliegen, obwohl es aus zeitlichen Gründen nicht mehr in der ordentlichen Botschaft Platz fand, auf diesem Wege zu Ihnen.

Die Kommissionsminderheit, deren Meinung ich persönlich nicht teile, beantragt Ihnen die Streichung dieses Kredites. Ich gestatte mir dazu eine kurze persönliche Bemerkung: Quoten sind gemäss der Mehrheit unseres Parlamentes kein geeignetes Mittel, um den Anteil der Frauen anzuheben, andere Massnahmen hingegen schon. Wenden Sie diese Überzeugung doch hier an!

Friderici Charles (L, VD), rapporteur: Après une série de sept années de déficit, le compte d'Etat de la Confédération pour l'année 1998 boucle avec un excédent de recettes au compte financier de 484 millions de francs. Lorsqu'il a été annoncé, ce résultat réjouissant a constitué une surprise, dans la mesure où le budget prévoyait un déficit de 7,6 milliards de francs. L'amélioration des comptes par rapport au budget est donc de plus de 8 milliards de francs. Comment expliquer cette différence?

Il faut relever tout d'abord la recette exceptionnelle de près de 3 milliards de francs provenant de l'introduction en bourse de Swisscom. Sans cette recette, qui ne se répétera pas, on constate que le déficit aurait été de 2,5 milliards de francs; il n'y a dès lors pas de quoi pavoiser. Mais même un déficit de 2,5 milliards de francs constitue une sensible amélioration par rapport au budget. Cette amélioration est imputable avant tout aux recettes. En effet, l'impôt fédéral direct a rapporté 837 millions de francs de plus que prévu, de même que l'impôt anticipé solde par 1,8 milliards de francs de plus que budgétisé. Enfin, les droits de timbre présentent un rendement de 856 millions de francs de plus que les estimations. Au total, les recettes fiscales sont de 3,776 milliards de francs supérieures aux prévisions. Les autres recettes tirées des patentes, des concessions, des taxes et des revenus des biens bouclent avec 374 millions de francs de mieux que prévu.

L'ensemble des dépenses est inférieur de 1 milliard de francs au budget. On doit mettre cette diminution principalement au compte du domaine des assurances sociales, et notamment de l'assurance-chômage, pour laquelle les prêts ont été de 471 millions de francs inférieurs aux prévisions.

De même, dans le domaine du trafic, il a été dépensé 741 millions de francs de moins que prévu, ceci surtout dans le secteur des transports publics.

Sur le plan des chiffres généraux, le compte d'Etat pour l'année 1998 boucle, au compte financier, avec des dépenses pour 46,6 milliards de francs, soit 2,5 milliards de francs de plus qu'en 1997, ou une augmentation de 5,6 pour cent, et avec des recettes pour 47,1 milliards de francs, soit 8,35 milliards de plus qu'en 1997, ou une augmentation de 21,2 pour cent. Au total, l'excédent de recettes est donc de 484 millions de francs au compte financier.

Le compte de résultats, qui s'apparente au compte de fonctionnement des cantons et au compte de profits et pertes d'une entreprise, accuse quant à lui un déficit de 336 millions de francs. Plus inquiétant, la dette totale de la Confédération passe de 97 milliards de francs en 1997 à 109,6 milliards de francs en 1998. Quant au découvert du bilan, il est stabilisé à 52,9 milliards de francs, ce qui représente tout de même le 112,3 pour cent des recettes annuelles de la Confédération. Ces quelques indicateurs démontrent qu'en dépit de la surprise réconfortante dont j'ai parlé ci-dessus, la Confédération est encore loin d'avoir assaini ses finances.

Par rapport à l'année précédente, l'évolution des principaux groupes de dépenses présentés selon leur rang du plus au moins onéreux est la suivante:

Au premier rang, la prévoyance sociale représente le 27,7 pour cent des dépenses totales et atteint 12,9 milliards de francs, soit 53 millions de francs ou 0,4 pour cent d'augmentation par rapport à 1997. On peut considérer que les dépenses de ce groupe de tâches sont stables, et ceci grâce au recul du chômage. Toutefois, l'un de ses secteurs, l'aide aux réfugiés, accuse une nouvelle augmentation de 5,4 pour cent par rapport à 1997, et dépasse 1,12 milliards de francs.

Point n'est besoin de grands discours pour souligner le caractère extrêmement préoccupant de ce secteur, tant sur le plan humain que sur le plan financier, compte tenu de la guerre au Kosovo, mais aussi de l'attrait qu'exerce la Suisse sur les réfugiés. De graves incertitudes pèsent sur le plan financier, du fait de ce secteur. Cela étant, on peut rappeler que les dépenses sociales ont presque doublé depuis 1990, année où elles s'établissaient à 6,8 milliards de francs.

Le trafic constitue le deuxième groupe de tâches par l'importance. Les dépenses s'élèvent à 8,3 milliards de francs, soit 24,9 pour cent d'augmentation par rapport à 1997. Hormis les

routes, tous les autres secteurs de ce groupe de tâches augmentent considérablement, en particulier les transports publics qui représentent 5,3 milliards de francs, soit 38,6 pour cent de plus que l'année précédente. Cette progression est due entièrement à la pointe de paiement de 1,9 milliard de francs pour les CFF. Quant aux routes, elles coûtent 2,7 milliards de francs, ce qui représente 88 pour cent des recettes affectées à la circulation routière, qui se montent à 3 milliards de francs. En 1990, le domaine du trafic constituait encore la troisième tâche en importance de la Confédération. Ses dépenses également ont presque doublé depuis lors.

En troisième position, nous trouvons la défense nationale. Pour la cinquième année consécutive, les dépenses au titre de la défense nationale accusent une diminution. Avec 5,4 milliards de francs, elles baissent de 0,8 pour cent par rapport à 1997. Depuis 1990, ce groupe de tâches a passé de la deuxième à la troisième place en importance. En 1990, les dépenses de la défense nationale s'élevaient encore à 6 milliards de francs. Aujourd'hui, la défense nationale ne représente plus que 11,5 pour cent des dépenses du budget, contre 20,3 pour cent en 1980.

Au quatrième rang, nous trouvons l'agriculture et l'alimentation avec 3,9 milliards de francs. Ces dépenses sont pratiquement stables par rapport à 1997, plus 0,1 pour cent. On constate cependant qu'à l'intérieur de ce groupe, il y a un glissement des dépenses au titre de la garantie des prix et l'écoulement des produits, moins 8,8 pour cent, vers les paiements directs, plus 4,9 pour cent, qui représentent 2,4 milliards de francs.

En cinquième position, nous trouvons la formation et la recherche fondamentale. Après avoir régressé pendant deux ans, les dépenses de la formation et de la recherche ont à nouveau augmenté, plus 1,9 pour cent. Il faut relever cependant que ce domaine a connu depuis 1990 une croissance inférieure à celle des principaux groupes de tâches, à l'exception, bien sûr, de la défense nationale.

Les dépenses du sixième groupe de tâches, les relations avec l'étranger, s'élèvent à 2 milliards de francs. Il est stable par rapport à l'année précédente et nous n'avons rien à ajouter sur ce point.

Les autres groupes de tâches, qui représentent près de 4 milliards de francs, accusent une croissance moyenne de 3,2 pour cent par rapport à 1997. Les plus fortes augmentations peuvent être relevées dans la justice et police, la culture et les loisirs, ainsi que la santé, qui croissent respectivement de 8,9 et 5,4 pour cent.

Les dépenses relatives aux finances et impôts, ce domaine de dépenses que l'on ne peut pas considérer à proprement parler comme un groupe de tâches, se chiffrent à près de 7 milliards de francs et représentent 15 pour cent des dépenses totales. Il comprend surtout les quotes-parts des cantons, pour 3,5 milliards de francs, et les intérêts passifs, pour 3,4 milliards de francs. Il progresse de 618 millions de francs ou 9,7 pour cent par rapport à 1997.

Votre commission a pris acte du fait qu'en 1998, pour la première fois, les grands projets ferroviaires ont été financés par le biais d'un fonds juridiquement indépendant et doté de ses propres comptes. Les revenus du fonds se composent de recettes à affectation spéciale, de prêts et d'avances, ainsi que du produit des intérêts. Les charges comprennent les prélèvements consacrés aux projets, les remboursements des avances et des prêts, le versement des intérêts et des amortissements.

Durant la phase initiale du fonds, le cumul des projets entraîne un excédent de charges qui doit être couvert chaque année par des avances. Ce fonds, entré en vigueur rétroactivement, fait l'objet de l'arrêté fédéral III, que l'on trouve à la page 108 du message.

Par ailleurs, la Commission des finances a également pris connaissance du rapport de l'organe de révision sur le compte spécial de la Caisse fédérale de pensions. Ce rapport constate que des progrès sensibles ont été réalisés dans l'assainissement de la Caisse fédérale de pensions. C'est pourquoi le Contrôle fédéral des finances peut à nouveau recommander, pour la première fois depuis 1989, d'approuver

les comptes de la Caisse fédérale de pensions. Mais le Contrôle fédéral des finances émet cinq réserves portant sur:

- le poste créances de 185,2 millions de francs portés aux dépenses;

- la non-justification des comptes bloqués de 162,8 millions de francs auprès de la Confédération et du compte de la Caisse de déposants de 8,3 millions de francs portés au bilan;

- des incertitudes quant à l'exactitude de certaines données nécessaires à la détermination de la réserve mathématique de 38,4 milliards de francs, et du découvert technique de 9,9 milliards de francs;

- des incertitudes relatives à l'exactitude des données individuelles des assurés actifs;

- la mise en place d'un système de contrôle interne efficace, qui n'est pas encore intégralement réalisé.

Votre commission se félicite certes des progrès réalisés, mais elle ne saurait s'en contenter. C'est pourquoi, suivant en cela la proposition de sa commission sœur approuvée par le Conseil des Etats, elle vous propose d'accepter les comptes de la Caisse fédérale de pensions, avec les cinq réserves faites par le Contrôle fédéral des finances.

Votre commission a également examiné les directives du Conseil fédéral concernant le budget pour l'année 2000 et le plan financier de la législature. Elle a constaté, comme pouvaient le faire craindre les résultats corrigés du compte d'Etat 1998, que les premières estimations du budget pour l'année 2000 étaient notablement plus mauvaises que celles prévues dans le plan financier. Il en va de même pour les années 2001 et 2002. C'est pourquoi la Commission des finances a écrit une lettre au Conseil fédéral pour lui rappeler que l'«objectif budgétaire 2001» était désormais ancré dans la constitution.

Elle a manifesté sa profonde préoccupation devant la détérioration des perspectives financières, obérées par de nouvelles appétences budgétaires. Elle a rappelé enfin qu'à l'occasion de l'examen du budget 2000, elle ferait preuve de rigueur dans l'appréciation de toutes les dépenses allant au-delà des chiffres du plan financier, dépenses pour lesquelles elle exigerait des justificatifs détaillés.

Ainsi qu'on peut le constater, l'embellie du compte d'Etat 1998 n'était que passagère. Les finances de la Confédération sont encore loin d'être assainies, voire même n'atteindront pas l'«objectif budgétaire 2001». Il faut relever que ce sont avant tout les améliorations de recettes qui ont conduit au résultat du compte d'Etat 1998. Dès lors, il faudra continuer, avec esprit de suite et opiniâtreté, les efforts mis en oeuvre pour compenser les dépenses de la Confédération.

La commission vous propose:

1. d'approuver l'arrêté fédéral I concernant le compte d'Etat de la Confédération suisse pour l'année 1998, avec la modification que vous trouvez sur le dépliant, à l'article 1er;

2. d'adopter l'arrêté fédéral II concernant les comptes des entreprises d'armement de la Confédération;

3. d'adopter l'arrêté fédéral III concernant les comptes du fonds pour les grands projets ferroviaires pour l'année 1998. Venons-en maintenant au supplément I au budget 1999. Le Conseil fédéral propose des crédits supplémentaires pour 176 millions de francs, des crédits reportés pour 10,7 millions de francs, ainsi que des crédits d'engagement pour 400 millions de francs.

Les principales demandes portent sur 45 millions de francs de crédit de paiement et 110 millions de francs de crédit d'engagement pour l'acquisition d'appareils de saisie pour la redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations.

La Commission des finances a accepté tous les crédits requis dans le message. Toutefois, à l'instar du Conseil des Etats, par 11 voix contre 6, elle a refusé un crédit de 284 000 francs demandé par le Conseil fédéral après la parution du message, crédit portant sur le financement d'une campagne de sensibilisation à l'égalité entre femmes et hommes, dans le cadre de la campagne pour les élections au Conseil national.

Comme vous pouvez le constater sur le dépliant qui vous a été remis, le rapporteur de langue française n'a pas cosigné

la proposition de minorité tendant à maintenir le crédit de 284 000 francs. En effet, la majorité de la commission estime qu'il n'appartient pas à la Confédération de financer une telle opération. Par ailleurs, la campagne en question doit toucher uniquement trois villes. Enfin, elle est de nature à favoriser indûment une personne ou une autre dans le cadre des élections fédérales au Conseil national.

C'est pourquoi la majorité de la commission propose de rejeter le crédit, la minorité vous demande de l'accorder.

Pour le surplus, la commission vous propose, à l'unanimité, d'approuver le supplément I au budget pour 1999, tel que présenté dans le message du Conseil fédéral.

Kuhn Katrin (G, AG): Der Rechnungsabschluss 1998 präsentiert sich auf den ersten Blick gut, auch auf den zweiten Blick immer noch als gar nicht so schlecht. Wir möchten das gerne würdigen. Auch wenn man einerseits die ausserordentlichen Faktoren – den Börsengang der Swisscom oder die Zahlungsspitze an die SBB –, andererseits die konjunkturelle Entwicklung berücksichtigt, die uns immerhin etwa 300 Millionen Franken Einsparungen bei der Arbeitslosenkasse und auch einen rechten Teil an Stempelsteuern, Verrechnungssteuern und Mehrwertsteuern mehr bringt, und die Rechnung entsprechend bereinigt, gibt es immer noch eine eher positive Entwicklung der Staatsfinanzen.

Diese positive Entwicklung zeigt sich schon ein bisschen deutlicher als letztes Jahr. Letztes Jahr sprach der Bundesrat von einem Silberstreifen am Horizont, dieses Jahr könnten wir vorschlagen, bereits von einer leichten Morgendämmerung zu sprechen. Ich hoffe, es dämmt auch denjenigen, die die Situation des Staates immer nur aufs heftigste beklagen und jammern und jammern, dass es sinnvoll wäre, auch positive Entwicklungen, auch wenn sie erst leicht sind, für einmal zu würdigen, denn man kann eine Situation auch vollkommen zu Tode jammern und so Schaden anrichten. Das wäre doch sehr bedauerlich.

Die grüne Fraktion möchte diese Vorlage guthessen. Nicht, weil wir uns von den für einmal schwarzen Zahlen beim Abschluss geradezu blenden lassen, sondern weil wir nicht die Momentaufnahme, sondern die positive Entwicklung würdigen möchten. Für uns gilt die alte östliche Weisheit: «Der Weg ist das Ziel.» Und mit dem Rechnungsabschluss 1998 befinden wir uns tatsächlich auf gutem Weg zum Haushaltsziel.

Raggenbass Hansueli (C, TG): Die CVP-Fraktion – für die ich spreche – stimmt den Bundesbeschlüssen über die Staatsrechnung sowie den Rechnungen der Rüstungsunternehmen des Bundes und des Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte zu. Seit langem weist die Staatsrechnung wieder einmal einen Vorschlag aus, und zwar von 484 Millionen Franken, dies bei einem budgetierten Defizit von sage und schreibe 7,6 Milliarden Franken.

Ein Grund zur Freude? Höchstens im Sinne eines Aufwärmens am Strohfeuer. Trotz des guten Ergebnisses ist an ein Aufatmen nicht zu denken. Hier sehe ich es ganz anders als Frau Kuhn. Die Verbesserung beruht, wie von den Berichterstatern zu Recht festgehalten worden ist, weitgehend auf Sonderfaktoren und einem in diesem Ausmass nicht erwarteten Konjunkturaufschwung. Aufgrund des positiven Rechnungsabschlusses kann in keiner Art und Weise gefolgert werden, dass das vom Volk massiv beschlossene «Haushaltsziel 2001» gesichert und damit der Turnaround geschafft ist. Aufgrund der neuesten Erkenntnisse muss vielmehr von einer tendenziellen Verschlechterung gegenüber den verabschiedeten Finanzplanzahlen ausgegangen werden. «Kosovo» ist finanziell auch noch in keiner Art und Weise ausgestanden. Hier werden massive Mehrausgaben in der Höhe von Hunderten von Millionen Franken auf uns zukommen, die weder im Budget noch im Finanzplan berücksichtigt sind. Im Bereich der bilateralen Verhandlungen ist für 2001 mit Ausgaben von gegen 600 Millionen Franken zu rechnen. Bei der Sanierung der Wohnbauförderung, im Bildungs- und Forschungsbereich, beim Landschaftsschutz, bei der Arbeitslosenversicherung – obwohl die Zahl der registrierten Arbeits-

losen Ende Mai erstmals seit sieben Jahren auf unter 100 000 gesunken ist – ist mit negativen Finanzplanabweichungen zu rechnen. Dazu kommen weitere, sich bereits heute abzeichnende, aber noch nicht erfasste Mehrbelastungen in Kultur, Tourismus, Gesundheitswesen, Berufsbildung usw. Die finanzpolitische Zukunft der Schweiz ist alles andere als gesichert; rosig sieht sie schon gar nicht aus.

Gemäss Budgetweisungen, die in der Finanzkommission und vor allem aber auch hier im Rat viel zu wenig Beachtung finden, hat sich der Bundesrat für die neue Legislatur das voll zu unterstützende Ziel gesetzt, die Staatsquote auf 11 Prozent zu senken, die Steuerquote bei 10,5 Prozent zu stabilisieren und die Schuldenquote bis Ende des Jahres 2003 deutlich unter 25 Prozent zu drücken. Er hat sich einiges vorgenommen, wenn man bedenkt, dass die Staatsquote wiederum von 11,9 Prozent im Jahr 1997 auf 12,2 Prozent im Jahre 1998 und die Steuerquote von 9,4 auf sage und schreibe 10,5 Prozent angestiegen sind.

Die Erreichung der vom Bundesrat anvisierten Ziele ist für unsere offene, dem Weltmarkt ausgesetzte Volkswirtschaft fundamental. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz ist für unseren Wohlstand und unsere Wohlfahrt grundlegend; unseren Sozialstaat können wir nur mit einem Wachstum der Wirtschaft finanzieren. Das haben mittlerweile auch die schärfsten Wirtschaftskritiker eingesehen. Die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn sie nicht in den Lasten erstickt.

Wie prioritär dem Schweizervolk die soziale Sicherheit im Sinne von Sicherung des Erreichten ist, hat die Abstimmung vom letzten Wochenende über die Mutterschaftsversicherung wieder einmal deutlich gezeigt. Die Schweizerin und der Schweizer wissen, dass die Finanzierungsprobleme des Schweizer Sozialstaates gravierend sind; der auch 1998 wieder gesunkene, das gesetzliche Limit deutliche unterschreitende AHV-Fonds ist nur ein Fingerzeig dafür. Die Schweizer spüren, dass bei der Sicherung der Sozialwerke, des Erreichten, anzusetzen ist, wenn die Schweiz wieder auf den finanzpolitischen Pfad der Tugend zurückkehren und die von vielen ersehnte Sicherheit zurückgewinnen will. Die gesetzten Haushalt-, Staats- und Steuerquotenziele können nur mit einer ausgeprägten Ausgabendisziplin auf allen Ebenen – Verwaltung, Bundesrat und Parlament – erreicht werden.

So gesehen war der Beschluss des Nationalrates, den Vierjahres-Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe von 4 auf 4,5 Milliarden Franken zu erhöhen, völlig unverständlich. Er macht jedoch einmal mehr deutlich, dass die finanzpolitischen Aspekte einer Vorlage nach wie vor zu wenig gewichtet werden und der Ernst der Lage – siehe Frau Kuhn – nach wie vor nicht erkannt ist; dies trotz rekordhohen Bruttoschulden von über 110 Milliarden Franken bei zugegebenermaßen höheren Tresoriermitteln; dies trotz erneutem Ausgabenzuwachs 1998, der, um die Sonderfaktoren bereinigt, immer noch eine halbe Milliarde Franken ausmacht.

Dabei ist zu beachten, dass die Steigerung von 53 Millionen Franken bei der sozialen Wohlfahrt, der mit Abstand bedeutendsten Ausgabenposition, nur deshalb so gering ausgefallen ist, weil die massiv steigenden Kosten beim sozialen Wohnungsbau, bei der Fürsorge und bei der ersten Säule durch geringere Ausgaben für die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung – bei beiden zusammen 650 Millionen Franken – kompensiert worden sind.

Die Staatsrechnung ist nur ein Abbild für gehabte Freuden; sie ist zu genehmigen – mit der von der Finanzkommission beantragten Einschränkung bezüglich der Sonderrechnung der Pensionskasse. Entscheidend ist, dass daraus nun auch die Konsequenzen gezogen werden.

Epiney Simon (C, VS): J'interviens ici, au nom du groupe démocrate-chrétien, au sujet du supplément I au budget, pour solliciter de votre part l'adhésion aux propositions de la commission.

1. Nous sommes, au sein du groupe, d'accord avec l'aide qui est accordée à titre provisoire aux institutions de traitement de la drogue qui ne peuvent plus être subsidiées par l'assurance-invalidité, suite à une décision du Tribunal fédéral des

assurances. Il est donc normal, pour ne pas mettre en péril ces institutions, que la Confédération prenne le relais. Comme le peuple l'a confirmé dans sa décision sur la prescription médicale d'héroïne dimanche dernier, nous sommes d'avis que les centres qui visent à l'abstinence par des méthodes différentes, comme par exemple le centre du Levant ou les Rives du Rhône en Suisse romande, devront être également mis au bénéfice de cette aide afin de répondre au système des quatre piliers prôné par le Conseil fédéral. Actuellement, une commission planche sur des projets dans ce domaine et la procédure de consultation devrait être lancée au milieu de l'été, ce qui fait que la Confédération devrait pouvoir présenter des dispositions légales pour prendre le relais de l'assurance-invalidité.

2. Le crédit supplémentaire pour le Bureau de l'égalité entre hommes et femmes, d'un montant de 284 000 francs, a préoccupé notre groupe. Tout en comprenant la position de la Commission fédérale pour les questions féminines, nous estimons qu'il n'appartient pas à la Confédération de s'occuper de la promotion de la participation des femmes sur les listes, mais que c'est aux partis politiques de le faire. En outre, l'organisation d'une campagne de sensibilisation comme elle est prévue, c'est-à-dire ciblée dans trois agglomérations, pourrait amener des effets pervers, en ce sens que nous pourrions imaginer une distorsion de traitement entre les candidates et les candidats, et donc un déroulement faussé des élections.

Nous sommes également d'avis qu'il appartient, le cas échéant, au Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes de prendre les mesures appropriées, étant entendu que l'administration fédérale a déjà sensibilisé les milieux concernées au moyen d'une brochure.

3. Nous demandons également de rejeter la proposition Baumann Ruedi, qui vise à supprimer la rallonge qui a été prévue pour le bétail de boucherie et de rente, en rappelant que ce crédit supplémentaire est indispensable pour éviter un effondrement des prix du gros bétail et que, dès lors, il est judicieux que la Confédération finance les exportations, notamment dans le cadre de l'aide humanitaire.

Nous vous demandons de soutenir la proposition de la commission.

Scheurer Rémy (L, NE): Le groupe libéral enregistre avec un premier sentiment de satisfaction un bénéfice du compte financier de l'ordre d'un demi-milliard de francs, alors que le budget admettait un déficit de près de 7,5 milliards de francs. Mais cette satisfaction est bien évidemment tempérée par le caractère partiellement accidentel de ce résultat.

Les comptes annuels doivent être mis dans la perspective d'un plus long terme pour qu'une appréciation d'ordre politique puisse être donnée. Ainsi, on constate que, depuis 1990, les dépenses ont augmenté de près de 55 pour cent et que la quote-part de la Confédération au produit intérieur brut a passé en une année de 11,9 à 12,1 pour cent. Or, on ne peut pas demander à des libéraux de se réjouir de voir ainsi augmenter la part de l'Etat à l'ensemble de l'économie.

Ce qui est plus inquiétant à nos yeux est le poids de la dette qui frôlait les 110 milliards de francs à la fin de l'an dernier, soit 28,7 pour cent du PIB; une dette qui a doublé en huit ans. Le service de la dette, de quelque 3,5 milliards de francs – et nous en sommes en un temps d'intérêt bas – est inquiétant en soi, et il est inquiétant aussi par le rétrécissement de la marge de manoeuvre de politique financière que cela implique.

Il est vrai que le solde primaire s'est amélioré l'an dernier et qu'il est devenu légèrement positif, mais aussi pour des raisons partiellement accidentelles. De toute manière, nous restons très largement en dessous du solde primaire des pays de l'Union européenne.

Toutes ces considérations et d'autres encore nous font donner raison au Conseil fédéral, qui réclame une plus grande vigilance pour que l'«objectif budgétaire 2001» puisse être atteint, à tout le moins approché.

Le groupe libéral est donc prêt à suivre le Conseil fédéral dans une politique financière rigoureuse et sur la voie difficile

qui conduit à l'équilibre des comptes. Il y a cependant une évidence à ne jamais oublier: la santé des finances publiques est indissociable de la santé de l'ensemble de l'économie. A cet égard, notre groupe dit son inquiétude de voir monter le taux de la TVA et apparaître d'autres taxes, sans qu'il y ait en compensation une diminution de l'impôt fédéral direct.

Le fardeau de la fiscalité doit rester supportable si l'on veut éviter la ruineuse spirale qui conduit à prélever toujours plus sur toujours moins, alors que l'idéal serait de prélever toujours moins sur toujours plus. Le canton de Schwytz y parvient, semble-t-il.

La solidité de nos assurances sociales n'est pas dans le taux de la TVA ni dans les ponctions sur les salaires, elle est dans la santé de l'économie. C'est cette meilleure santé qui a permis de réduire, l'an dernier, de quelque 300 millions de francs les dépenses de l'assurance-chômage. Ça, c'est vraiment une bonne nouvelle, et pas seulement pour les comptes de la Confédération! Par contre, il serait dangereux de s'agripper, par exemple, au droit de timbre, pour fructueux qu'il soit, si cet impôt devait conduire au transfert géographique du marché. Une fois de plus, une bonne politique est la condition première à de bonnes finances.

A titre personnel, mais je ne suis pas isolé dans mon groupe, je constate une fois de plus le paradoxe entre, d'une part, l'affirmation politique constante que la Suisse doit largement son haut niveau de vie matérielle à l'excellence de ses institutions de recherche et, d'autre part, la stagnation des crédits budgétaires nécessaires au maintien de l'excellence de ces institutions. L'an dernier, notre effort pour la recherche fondamentale a même un peu faibli. La variation positive en faveur de la formation, à commencer heureusement par la formation professionnelle, est à saluer, mais le 1,9 pour cent d'amélioration par rapport à 1997 est bien faible en comparaison de l'effort accompli présentement par d'autres pays, des pays qui sont aussi nos principaux concurrents dans les domaines de la haute technologie, qu'il s'agisse des sciences de la vie ou des sciences techniques. Ici encore, l'évolution sur plusieurs années est mauvaise. La formation et la recherche fondamentale, qui représentaient il y a une dizaine d'années le 7,7 pour cent des charges, n'en représentent plus maintenant que le 6,7 pour cent. C'est là une voie qui peut bien éviter quelques millions de dépenses aujourd'hui, mais qui pourrait coûter très cher aux recettes dans l'avenir.

A propos de l'arrêté qui nous est soumis et que nous accepterons dans la forme donnée par le Conseil des Etats, nous vous disons, Monsieur le Conseiller fédéral, notre déception que le Parlement doive émettre des réserves relativement au compte spécial de la Caisse fédérale de pensions et aux comptes correspondants figurant au bilan de la Confédération.

C'est bien sûr au représentant du Conseil fédéral que nous le disons et, partant, au représentant de la continuité de l'Etat. Mais le groupe libéral vous dit aussi sa confiance; et il vous dit qu'il apprécie la manière qui est la vôtre de vous engager pour rétablir l'équilibre des finances de la Confédération.

Schaller Anton (U, ZH): Die Fakten zur Staatsrechnung 1998 liegen auf dem Tisch. Die Begründungen der massiven und markanten Abweichung zum Budget liegen vor, die Freude über den guten Rechnungsabschluss ist einer Relativierung gewichen, einer gedämpften Freude. Wenn wir heute über die Staatsrechnung debattieren, so stehen für mich zwei Fragen im Vordergrund: Erstens: Ist mit dem Geld sorgfältig umgegangen worden, oder gibt es Anzeichen dafür, dass Geld liederlich aus dem Fenster geschmissen wurde? Die zweite, wohl wesentlichere Frage: Sind für die Zukunft Lehren aus der Rechnung zu ziehen, wie sehen die finanzpolitischen Perspektiven aus, kann das «Haushaltsziel 2001» erreicht werden, und, wenn nicht, was dann?

Zur ersten Frage: Als Mitglied der Subkommission VBS sah ich in der kurzen Zeit, soweit mir das möglich war, ein solides Haushalten. Einzelne Budgetposten wurden im VBS wie überall zum Teil markant unterschritten. So konnten die Nachtragskredite von 0,8 Milliarden mit den Kreditresten von 1,8 Milliarden mehr als kompensiert werden. Ein untrügliches

Zeichen also, dass gut und solide gewirtschaftet wurde – oder, andersherum, dass im Finanzhaushalt des Bundes im nächsten Jahr doch noch etwas Spielraum steckt, wenn solche Kreditreste vorhanden sind! Meine Erkenntnisse decken sich mit der Beurteilung der Finanzdelegation, die dem Bundesrat und der Verwaltung insgesamt ein gutes Zeugnis ausstellt.

Zur zweiten – und zur wohl wesentlicheren – Frage: Der Bundesrat schreibt selbst, dass der Bund immer noch mehr ausgibt, als er einnimmt. Die Finanzpolitik des Bundes, so die Begründung in dieser Botschaft, produziert nach wie vor «untragbare Defizite»; ohne das vorgesehene Sanierungsprogramm 1998 kann der nachhaltige Rechnungsausgleich nicht erreicht werden. Ich stelle die Frage: Wird das genügen? Sie wissen es, der Bundesrat weiss es, und vor allem Bundesrat Villiger weiss es ganz präzise: Es wird wohl nicht genügen.

Einen Löwenanteil der Sparübung haben die Kantone zu tragen, die ihrerseits dadurch nicht in eine bessere Finanzlage geraten. Das Schliessen der Steuerschlupflöcher greift erst im Jahre 2002 – und erst noch recht sanft. Natürlich sind die 1,2 bis 3 Milliarden Franken, die in den nächsten vier Jahren jährlich eingespart werden sollen, nicht nichts – im Gegenteil. Nur, die Begehrlichkeiten nehmen wieder zu.

Bundesrat Villiger hat es bei der Beratung der Motion Schmid Samuel 98.3330 in der ersten Sessionswoche ja hier deutlich angesprochen. Schon das Budget 2000 scheint ein schwieriges Unterfangen zu werden. Die Motion Schmid Samuel hat es in sich: Sie will eine Abflachung der Progressionskurve bei der direkten Bundessteuer; sie setzt eine Anhebung der Mehrwertsteuer dagegen. Darin steckt sozialpolitischer Sprengstoff – viel schlimmer: Sie entpuppt sich als eine Einzelmassnahme, die so nicht weiterverfolgt werden sollte.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen eine umfassende Steuerreform, eine Steuerreform an Haupt und Gliedern. Herr Bundesrat Villiger, die Bundesfinanzordnung läuft im Jahre 2006 aus. Sie kündigen die neue Bundesfinanzordnung in Ihren Informationsblättern an. Das Ziel haben Sie vorgegeben: ein möglichst transparentes, systematisches und gerechtes Steuer- und Abgabesystem. Fürwahr, so soll die neue Bundesfinanzordnung aussehen. Nur, ich zweifle daran, dass wir es schaffen, ein solches System einzuführen. Die Einzelinteressen sind in diesem Lande derart, dass die neue Bundesfinanzordnung immer wieder – und immer wieder von neuem – in Frage gestellt werden wird.

Ich bin überzeugt: Wir müssen es schaffen, eine neue Bundesfinanzordnung, eine grundsätzlich reformierte Bundesfinanzordnung, einzuführen. Ich denke, wir müssen jetzt die Weichen stellen. Beinahe zwanzig Revisionsbegehren liegen auf dem Tisch des Finanzministers. Zwar fallen vier unter das Moratorium oder den Verhaltenskodex des «runden Tisches», doch die Mehrheit der Vorstösse und der Begehren zielt auf Einzelmassnahmen, wie etwa die Steuererleichterungen für Manager von Managementfirmen, die in der Schweiz und im Ausland tätig sind.

Ich denke, jetzt muss eine neue, kohärente, umfassende Steuerreform auf den Tisch gelegt werden. Die Besteuerung der Arbeitseinkommen ist zu senken; eine Energiesteuer, die diesen Namen verdient, hat die Kompensation zu liefern. Die Mehrwertsteuer ist moderat anzuheben, die dadurch resultierende Steuerentlastung der höheren Einkommen ist durch eine Verschärfung der Progression zu korrigieren. Mir scheint folgendes ganz wichtig zu sein: Die Bundessteuern sind anlässlich der Steuerreform mit den Kantons- und den Gemeindesteuern zu harmonisieren; der Lastenausgleich, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, wird nicht genügen.

Herr Bundesrat Villiger, Sie nehmen in Ihren «Informationstrends» der «Infoblätter zur neuen Finanzordnung» die materielle Steuerharmonisierung jetzt schon aus der Diskussion. Warum nur? Natürlich geht es nicht um die Vereinheitlichung der Steuersätze, nicht um das Abwürgen eines vernünftigen Steuerwettbewerbs. Es geht um die Integration der kantonalen Systeme in ein kohärentes Steuersystem Schweiz. Die eigentliche steuerliche Belastung liegt bei den Staats- und Gemeindesteuern. Sie sind in ein möglichst transparentes,

systematisches und gerechtes Steuersystem des Bundes zwingend zu integrieren.

Ich habe es bei der Energiedebatte dargelegt: Wenn der Bund immer mehr Geld über Umweltabgaben und die Mehrwertsteuer einnimmt, sind die Kantone an diesen Erträgen zu beteiligen. Sie hätten, wie ich schon angetönt habe, die Einkommenssteuern zu senken, die Progression im Sinne der Steuergerechtigkeit zu verstärken. Erst die gesamte Steuerbelastung – die Belastung der kommunalen, der kantonalen und der nationalen Steuern – gibt Aufschluss darüber, wie gerecht, wie transparent, wie systematisch die steuerliche Belastung der Steuerzahlerin, des Steuerzahlers tatsächlich ist.

Natürlich haben wir bis im Jahr 2006 noch Zeit – viel Zeit, so scheint es. Wir wissen aber, wie lange es bei uns dauert, um ein solches grundlegendes Werk umzusetzen; ergo müssen wir jetzt ansetzen. Sie, Herr Bundesrat Villiger, geben den Rahmen vor, unbeirrt von Einzel- und Parteiinteressen; das wäre wünschenswert. Nehmen Sie die Führungsrolle wahr! Die Sanierung der Bundesfinanzen ist Gott sei Dank ein Sachzwang, das «Haushaltziel 2001» eine Verpflichtung. Handeln wir also jetzt und umfassend!

Herr Bundesrat Villiger, Sie haben vorgedacht. Sie haben vor diesem Parlament gesagt, der eingeschlagene Weg bei der Energiebesteuerung sei an sich nicht der richtige Weg. Geben Sie den Weg vor. Sie haben die Trends in Ihren «Infoblättern» dargelegt; ich denke, es ist an der Zeit, jetzt konkreter zu werden.

Wir sagen ja zu den Bundesbeschlüssen zur Staatsrechnung. Wir sagen ja zu den Nachtragskrediten.

Wir sagen aber auch ja zum Frauenförderungsprojekt, das bei den Wahlen 1999 die Sensibilisierung der Bevölkerung den Frauen gegenüber verstärken soll. Es gibt hier nur einen Fehler: dass nicht der gesamte Betrag eingesetzt wird, dass diese Frage in der Schweiz nicht flächendeckend geklärt wird, sondern nur auszugsweise in drei Gebieten. Das scheint mir etwas halbherzig, wenig konkret und wird auch am Ziel vorbeigehen. Dennoch sagen wir ja, weil es immerhin ein Versuch ist.

Bangerter Käthi (R, BE): Das positive Rechnungsergebnis ist erfreulich. Wir können dieses jedoch noch nicht als Trendwende interpretieren; zu gross waren die Auswirkungen einmaliger Sonderfaktoren. Diese wurden hier bereits erläutert. Aber positiv zu werten ist, dass Nachtragskrediten von 800 Millionen Franken Kreditreste von 1,8 Milliarden Franken gegenüberstehen, so dass die tatsächlichen Ausgaben 1 Milliarde Franken unter jenen gemäss Voranschlag liegen. Bei der Rechnung der Pensionskasse des Bundes erscheint endlich wieder Licht am Ende des langen Tunnels. Die Eidgenössische Finanzkontrolle empfiehlt uns, die Rechnung mit fünf Einschränkungen zu genehmigen, weil trotz dieser Einschränkungen die Jahresrechnung die tatsächliche finanzielle Lage dieser Pensionskasse zutreffend darstellt. Ich gehe davon aus, dass die Pensionskasse des Bundes nun doch den Turnaround geschafft hat. Wir haben somit nach acht Jahren einen positiven Rechnungsabschluss und nach mehr als zehn Jahren wieder eine einigermaßen kalkulierbare Pensionskasse.

Trotzdem kann von Entwarnung noch keine Rede sein. Die zunehmende Verschlechterung der Finanzlage unserer Sozialwerke, vor allem der AHV und der IV, die letztes Jahr wieder erhebliche Defizite eingefahren haben – ich denke an den AHV-Fonds, der im letzten Jahr um 1,8 Milliarden Franken reduziert wurde –, ruft nach einer grundsätzlichen und raschen Revision unseres Sozialversicherungssystems. Der Bundesrat muss endlich Farbe bekennen. Zusätzlich wissen wir heute noch nicht, welche Folgekosten der Krieg in Kosovo für die Asylpolitik hat.

Neue, zusätzliche Steuern und Abgaben dürfen jedoch nicht weiter unser Ziel sein. Die Steuerschraube wurde in den vergangenen Monaten, nicht zuletzt auch, um das «Haushaltziel 2001» zu erreichen und um die bilateralen Verträge zu ermöglichen, drastisch angezogen. Ich denke an das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent für die AHV, das wir seit 1999

haben, an die Weiterführung des dritten Lohnprozentes für die Arbeitslosenversicherung, an die Erhöhung von einem auf zwei Lohnprozente bei Einkommen über 100 000 Franken für die Arbeitslosenversicherung, an die Einführung der LSVa und an die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Eine neue Energiesteuer wird vorbereitet. Dabei stieg die Steuerquote 1998 gegenüber dem Vorjahr bereits von 9,4 Prozent auf 10,5 Prozent; und dies, ohne dass die bereits aufgezählten Massnahmen dabei einbezogen sind.

Wir haben die Bevölkerung mit all diesen neuen Steuerforderungen arg «strapaziert». Das negative Abstimmungsergebnis vom letzten Sonntag bei der Mutterschaftsversicherung war nicht zuletzt auch die Antwort auf diese neuen Steuererhöhungen, denn neue Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer wären im Jahr 2004 vorgesehen gewesen: Das Nein bei der Mutterschaftsversicherung war nicht ein Nein gegen uns berufstätige Frauen oder ein Nein gegenüber jungen Müttern, sondern es war ein Nein einer Mehrheit von Frauen und Männern zur Einführung einer neuen staatlichen Sozialversicherung und damit ein Nein zu neuen Mehrausgaben. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine berechenbare Finanzpolitik und eine finanziell gesicherte AHV, und dies nicht auf Kosten der nächsten Generation. Das ist der klare Auftrag an den Bundesrat und das Parlament.

Ich stehe zu gesunden Sozialwerken. Diese bedingen aber gesunde Staatsfinanzen. Die grosse Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, die notwendige Austarierung zwischen Notwendigem und Wünschbarem, aber immer Finanzierbarem zu finden.

Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich, dem Bundesbeschluss I – mit der Einschränkung bezüglich der Sonderrechnung der Pensionskasse – gemäss Ständerat zuzustimmen, und ebenfalls Zustimmung zu den beiden anderen Bundesbeschlüssen.

Beim Nachtrag I zum Voranschlag 1999 beantrage ich, den Antrag der Minderheit Fässler und den Streichungsantrag Baumann Ruedi abzulehnen. Die Begründung folgt in der Detailberatung.

Aregger Manfred (R, LU): Die Vorredner haben die Staatsrechnung 1998 sehr positiv gewürdigt. Sie verdient es auch, und es spricht für die gegenwärtige Haushaltspolitik, dass sich auch die Nachtragskredite von 1,6 Milliarden auf 800 Millionen Franken halbiert haben.

Der Erfolg der Haushaltspolitik ist aber nicht nur hausgemacht. Sowohl der Kapitalmarkt wie die Wirtschaftslage haben das ihrige dazu beigetragen. Niedrige Kapitalzinsen, um 5 Milliarden Franken höhere Fiskaleinnahmen und endlich eine Trendwende bei der Arbeitslosenversicherung stehen in direktem Zusammenhang mit dem Zustand der schweizerischen Wirtschaft. Ihr allein verdanken wir den besseren Abschluss, denn diese Effekte überdecken weitgehend das nach wie vor ungebremste Ausgabenwachstum. Die Belastung der Wirtschaft, und speziell der Binnenwirtschaft, kann aber nicht zunehmen, sicher nicht im Stil der angekündigten und im Raum stehenden Steuersatzerhöhungen und neuen Abgabekategorien, ohne dass ernste Bedenken aufkommen. Der Bund hat 1998 pro Arbeitstag 200 Millionen Franken ausgegeben. Bei einer solchen Grössenordnung müssen Einsparungen möglich sein. Die Finanzkompetenz liegt beim Parlament. Ich frage mich aber, ob das Parlament fähig und bereit ist, einen ausgeglichenen Haushalt zu führen. Viele Ausgabenbereiche sind tabu; es geht so weit, dass sie wegen der herrschenden «political correctness» kaum diskutiert werden. So ausgelegt wirkt die «political correctness» wie ein Valium, wie ein Tranquillizer auf die politische Psyche des Parlamentes. Meiner Meinung nach muss aber alles diskutabel sein, wenn wir jemals das «Haushaltziel 2001» erreichen wollen. Ich könnte Ihnen eine lange Liste von Beispielen aufzählen, wie nach wie vor zu grosszügig mit Steuergeldern umgegangen wird.

Ich erwähne kostspielige Informatikprojekte in verschiedenen Departementen, die wegen falscher Übungsanlage aufgegeben werden oder nicht die geforderten Resultate bringen.

Niemand übernimmt dafür eine Haftpflicht. Ich erwähne ein Projekt wie das Naturschutzjahr, das unbelastet von jeglicher Budgetkontrolle mit einer Kostenüberschreitung von einigen hundert Prozent abgewickelt wurde. Niemand wird für das Missmanagement zur Verantwortung gezogen. Ich erwähne eine Entwicklung, die ich quer durch die Bundesverwaltung feststelle: Zuerst wurden in den Departementen Pressesprecher eingeführt. Heute verfügt fast jedes Bundesamt über einen Pressesprecher, ja sogar eine Redaktion. Wie sonst könnten die immer umfangreicheren und in ihrer Aufmachung völlig übertriebenen Jahresberichte und Werbroschüren produziert werden?

Ich erwähne schliesslich eine sehr gewichtige Position, die uns alarmieren muss: die Kostenexplosion im öffentlichen Verkehr. Vor vielen Jahren begann mit der Trennung von Betrieb und Infrastruktur die Verschleierung der wahren, nicht durch Erträge gedeckten Kosten der SBB und der KTU. Heute müssen Sie im Lesen der Staatsrechnung sehr geübt sein, wenn Sie aus der Summe der unter verschiedenen Titeln aufgeführten Positionen die wahren Kosten und deren Finanzierungsart herausfinden wollen. Sie betragen 5,3 Milliarden Franken für 1998, aufgeteilt in 14 Einzelpositionen. Besonders ins Gewicht fallen die Investitionsbeiträge, die Substanzerhaltung der SBB und vor allem, mit 1,28 Milliarden Franken, die Abgeltung für den Regionalverkehr; das entspricht 3,5 Millionen Franken Defizitdeckung pro Kalendertag!

Angesichts solcher Zahlen muss das Angebot hinterfragt werden. In der Handhabung des Bestellerprinzips durch die Kantone müssen die wahren Kosten offengelegt werden, sofern überhaupt jemand sie ermitteln kann. Ich äussere diese Besorgnis, weil wir bald mit der noch viel rascheren Defizitzunahme im alpenquerenden europäischen Transitverkehr konfrontiert sein werden, der in Brüssel ausgehandelt wurde. Aus den bekannten Gründen hat die Staatsrechnung 1998 positiv abgeschlossen. Dieses Resultat ist aber eine Ausnahme. Das Parlament bleibt verpflichtet, den Haushalt konsequent und sparsam zu führen, wenn es die Haushaltsziele je erreichen will.

Blocher Christoph (V, ZH): Es wird hier von einem guten Rechnungsabschluss gesprochen. Jedoch: Die defizitfreie Rechnung ist eine Fassade und sonst gar nichts. Anscheinend hält man sich an diese Fassade. Die Substanz sieht wesentlich anders aus: Im Rechnungsjahr 1998 haben wir 12,6 Milliarden Franken mehr Schulden durch Umbuchungen. Die ordentlichen Steuern, also die direkten und indirekten Bundessteuern sind um 14 Prozent gestiegen. 5 Milliarden Franken haben Stimmbürger und Steuerzahler mehr bezahlt als im Vorjahr. Zusätzliche 3 Milliarden Franken kommen von der Versilberung der Swisscom; das ist auch keine echte Ergebnisverbesserung. Beim Ganzen ist ein Ausgabenwachstum von 5,6 Prozent alarmierend. Das ist die Substanz, die Wahrheit. Im gesamten liegt hier eine katastrophale Rechnung vor und nicht eine gute oder erfreuliche.

Diese Bewertung als erfreuliche Staatsrechnung liegt daran, dass man etwas Falschem nachspringt, nämlich der defizitfreien Rechnung. Das Defizit ist nicht das Problem des Staates. Natürlich sind Defizite unschön, denn sie sind die Steuern der Zukunft. Sie bedeuten eine höhere Steuerquote für die Zukunft. Darum sind Defizite falsch. Aber es ist nichts leichter im Staat, als die Defizite durch Steuererhöhungen wegzubringen. Das ist noch schlimmer als Defizite. Das machen wir jetzt seit Jahren. Es ist ein Ammenmärchen zu behaupten, wir hätten eine bessere Rechnung, weil wir sparten. 5,6 Prozent Ausgabenwachstum in einer Zeit, in der man praktisch keine Inflation hat – da können nur Politiker sagen, das sei gespart. Jeder andere Mensch würde das für sich nicht in Anspruch nehmen: er habe gespart. Die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler, werden ununterbrochen mehr zur Kasse gebeten.

Wir haben alle Dinge verschlechtert – auch im abgelaufenen Jahr –, auf die es für eine konkurrenzfähige Wirtschaft, für einen sicheren Arbeitsplatz, für die Zukunft, für eine sozialverträgliche Gestaltung des Lebens ankommt: Höhere Steuer-

quote, höhere Staatsquote, höhere Schuldenquote sind hier das Ergebnis. Das Defizit ist in erster Linie durch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren weggebracht worden. Dieser «Rechnung» trauern wir natürlich nicht mehr nach, ausgegeben ist ausgegeben, eingenommen eingenommen, da können wir nichts mehr tun. Die soziale Forderung der Tage heisst nun aber: weniger Steuern, weniger Abgaben, weniger Gebühren – nicht nur keine Erhöhung, sondern weniger.

Jede Steuer kann man damit begründen, man müsse das Defizit wegbringen, wenn es Ausgabensteigerungen von 5,6 Prozent gibt. Heute habe ich nun aber von den Grünen gehört, dass der Weg das Ziel sei. Ich bin jetzt schon lange im Nationalrat und habe auch das Gefühl, der Weg sei zum Ziel geworden, hier gebe es einen Rundweg – alles geht im Kreise herum. Jeder sagt, man müsse weniger ausgeben, aber dauernd steigen die Ausgaben – da ist wirklich der Weg das Ziel. Bei einem Defizit ist es die dümmste Weisheit, wenn man nun plötzlich den Weg zum Ziel erklärt.

Nun gibt es aber auch Lichtblicke. Der vergangene Sonntag war ein solcher. Endlich wieder einmal wurde eine neue Zwangsversicherung, die die Steuerzahler um nochmals eine halbe Milliarde Franken belastet hätte, abgelehnt. Die Weisheit des Volkes steht also wesentlich über jener des Parlamentes. Dies ist ein erfreulicher Lichtblick.

Nun, wie gesagt: Wir opponieren nicht gegen diese Rechnung. In den kommenden Jahren werden wir uns aber für Steuer-, Abgaben-, Gebührensenkungen einsetzen. Darum haben wir bei den Begehrlichkeiten auf der einen und den Steuererhöhungen auf der anderen Seite in den letzten Jahren immer nein sagen müssen – nein, nein, nein. Hier kamen mir fast die Tränen, als ich Herrn Schaller hörte, wie er sagte, da müsse man Steuerreformen machen. Der Landesring hat ja überall für Steuererhöhungen gestimmt, nicht wahr! Und jetzt kommt man hierher und sagt, man müsse endlich Remedur schaffen – die Steuerquote sei das Problem!

Es ist gesagt worden, das Ziel des Bundesrates sei es, die Staatsquote auf 11 Prozent zu senken. Ich erinnere mich, dass Herr Stich, als er die Bundesfinanzen betreute, hier als Sozialdemokrat sagte, keinesfalls dürfe die Staatsquote mehr als 10 Prozent betragen. Jetzt müssen wir sie von über 12 auf 11 Prozent senken. Aber sie wird nicht einmal gesenkt, indem man die Steuern abbaut, sondern indem man hofft, das Bruttosozialprodukt werde steigen. Das ist alles.

Nein, wir haben keine gute Situation, und der Fluch der bösen Tat ist, dass sie natürlich dauernd Böses muss gebären – und sie wird es auch. Sie haben in Ihrem Programm noch massive Steuererhöhungen vorgesehen; Sie haben auch in der Vergangenheit Steuern beschlossen, die noch gar nicht zum Tragen gekommen sind und für die der Bürger erst noch zur Kasse gebeten werden wird.

Die Staatsrechnung 1998 ist eine Fassade mit einem faulen Inhalt. Man kann es drehen, wie man will: 14 Prozent mehr Steuern – das sind ungefähr 5 Milliarden Franken – haben wir dem Steuerzahler abgeknöpft. Die Einnahmen von 3 Milliarden Franken durch die Veräusserung eines Anteils der Swisscom sind keine echte Verbesserung. Wir haben 12,6 Milliarden Franken mehr Schulden als im Vorjahr. Das Ausgabenwachstum beträgt 5,6 Prozent, man kann es nicht oft genug sagen. Das wird nun als erfreulich bezeichnet!

Wir opponieren nicht gegen die Rechnung, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Die Nachtragskredite lehnen wir ab, auch den Verpflichtungskredit für das ominöse Erfassungsgerät für die Lastwagen. Es hat auch Vorteile, wenn man schon lange im Rat ist. Man kennt dann z. B. die Geschichte dieses Erfassungsgerätes. Wenn man nur anschaut, was hier beschlossen worden ist!

Da wurde die Zolldirektion während Jahren beauftragt, ein Erfassungsgerät für Lastwagen zu entwickeln. Das hat nichts mit «links» oder «rechts» zu tun oder damit, ob man nun für oder gegen Umweltschutz ist. Wir haben immer gegen diesen Auftrag opponiert und sind selbstverständlich immer überstimmt worden.

Die Fraktionen der Sozialdemokraten und der Grünen haben gesagt, wer gegen den Forschungsauftrag an die Zolldirektion für ein Erfassungsgerät sei, sei gegen Umweltschutz.

Jetzt kommen Sie wieder mit 100 Millionen Franken, dann 45 Millionen im Verpflichtungskredit; das lehnen wir ab. Sie werden auch dem zustimmen, das ist ja klar.

Dann lehnen wir selbstverständlich diesen ominösen Nachtragskredit für das Gleichstellungsbüro, wo Frau und Mann gleichgestellt werden sollen, ab. Da werden 240 000 Franken verlangt, um Wahlpropaganda für die Nationalratswahlen zu machen. Der demokratische Geist lässt grüssen, Herr Bundesrat Villiger!

Sie haben mir übelgenommen, dass ich einmal gesagt habe, es herrsche hier ein «pseudomonarchisches Getriebe». Wenn der Bundesrat Nachtragskredite für Nationalratswahlen verlangt, dann kann ich diesen Vorwurf nur wiederholen.

Borel François (S, NE): Monsieur le Conseiller fédéral, je commencerai par aborder un point sensible du supplément I au budget 1999. Les plus grandes inquiétudes et incertitudes existent actuellement quant au financement des institutions accueillant des personnes toxicodépendantes, alcooliques ou toxicomanes. Il y a un désengagement de l'assurance-invalidité qui, en soi, a sa logique, mais la mission importante subsiste et il faut lui trouver un financement. Une solution à court terme a été trouvée dans le cadre du supplément au budget, mais l'avenir est tout sauf clair, et pour ces institutions et leur mission il est urgent que le Conseil fédéral développe de nouvelles propositions de financement. A mon avis, il serait inadmissible que, juste au moment où le peuple a dit oui à la prescription médicale d'héroïne, on donne par ailleurs le signal que l'on se désintéresse des institutions qui se pré-occupent de la désintoxication définitive des toxicomanes ou des alcooliques.

J'en viendrai maintenant sur l'image d'ensemble que donnent ces comptes ou plutôt sur celle qu'essaient d'en donner un certain nombre de nos collègues:

Le résultat positif prouve qu'il est très difficile de prévenir l'évolution des finances publiques, dans ce pays comme ailleurs, et qu'il y a beaucoup de subjectivité dans la manière d'appréhender l'avenir de nos finances publiques. Nous avons entendu plusieurs collègues de droite être très pessimistes sur cet avenir. Ce pessimisme est politique. Il peut rendre service; il peut permettre au Parlement d'avoir plus de membres du Parti de l'Union démocratique du centre dans ses rangs; il peut permettre de faire avorter une assurance-maternité; mais ce pessimisme a une influence très négative sur l'évolution de notre économie, parce qu'il est contagieux et contribue très largement à la morosité économique que nous connaissons dans notre pays.

A force d'entendre dire par les politiciens de droite que tout va mal, nos compatriotes ont peur, consomment peu, investissent peu. Alors que dans tous les pays qui nous entourent il y a eu une très réjouissante croissance ces dernières années, nous avons connu, nous, sept ans de quasi-stagnation et nous nous préparons apparemment à continuer dans la même voie. C'est ce pessimisme-là, prôné par la droite, que nous refusons.

On a parlé de la hausse de la TVA qui devait être compensée par une baisse d'autres impôts évidemment – le refrain de l'impôt fédéral direct est revenu. Je rappellerai que l'assurance-maladie est aussi un prélèvement obligatoire. Elle peut donc être assimilée à un impôt. Et pour la plupart des ménages suisses, l'impôt le plus lourd à payer, c'est l'assurance-maladie.

Nous entrons donc en matière sur une compensation de la hausse de la TVA par une baisse fiscale, mais la priorité doit être à la baisse des primes d'assurance-maladie qui, je le répète, sont les plus lourds prélèvements obligatoires que doivent payer la plupart des ménages suisses.

On a insisté également sur l'importance de la dette de la Confédération. Je ne voudrais pas ignorer cette importance; je voudrais simplement la mettre en regard avec l'importance de la fortune de la Banque nationale suisse. C'est à peu près du même ordre, de l'ordre des 100 milliards de francs. Et la Banque nationale accumule et accumule chaque année ses bénéfices. Une petite part est reversée à la Confédération et aux cantons, mais, contrairement aux autres banques cen-

trales d'Europe, la Banque nationale suisse continue de théauriser en masse. A ce niveau-là, il y a un besoin de modification de la politique, d'autant plus que ce que fait la Banque nationale se fait en absence de toute transparence pour le Parlement et pour le public en général.

Marti Werner (S, GL): Die Kommissionssprecherin hat bereits dargelegt, dass wir ein Defizit von 7,6 Milliarden Franken budgetiert haben und eigentlich heute eine ausgeglichene Rechnung präsentieren können. Sie hat auch gesagt, dass dieses Resultat zu relativieren sei, aber unter Berücksichtigung dieser Relativierung hätten wir das «Haushaltziel 2001» doch bereits im Jahre 1998 erreicht.

In den vergangenen Jahren haben wir bei Budget- und Rechnungsdebatten immer das Schauspiel erlebt, dass die Kommissionssprecher, die bürgerlichen Parteien angehören, versucht haben, sich in der praktischen Schilderung der finanziellen Situation unseres Staates gegenseitig zu überbieten und die finanzielle Verfassung der Schweiz in schwarzen und noch dunkleren Farben darzustellen. Heute sind sie in der Situation, dass sie das etwas relativieren müssen. Paradebeispiel ist Herr Blocher, der den mühseligen Versuch unternommen hat, noch einmal die alte Tour zu fahren.

Noch an die Adresse von Herrn Blocher: Wenn er sagt, wir hätten dem Volk Steuern abgeknöpft, ist festzuhalten, dass der Bund nur die Steuern erhoben hat, denen das Volk auch zugestimmt hat. Da hat man niemandem etwas abgeknöpft, sondern das vollzogen, was dem Volkswillen – nicht dem Willen von Herrn Blocher – entsprochen hat.

Herr Blocher hat hier diesem Rechnungsergebnis sein Nein entgegengehalten. Ich muss ihm zugestehen, dass er sehr oft und sehr lautstark nein sagt, aber er wendet dieses Nein auch sehr differenziert an. Als wir beispielsweise den Mitbericht der Finanzkommission betreffend die Zahlungskredite für die Landwirtschaft von 14 Milliarden Franken in zustimmendem Sinne weitergeleitet haben – eine sehr grosse Ausgabe, ich habe ihr aber zugestimmt –, habe ich von diesem Nein nichts gehört. Das betrifft auch eine sehr hohe Ausgabe.

Vielleicht noch zwei Bemerkungen an Herrn Blocher: Die erste betrifft die Vermögensverminderung. Die grösste Vermögensverminderung, die wir in diesem Jahr erfahren haben, ist die Abwertung der Goldreserven; er hat sich immer dagegen gewehrt, das Gold besser zu bewirtschaften. Zuletzt – er ist zwar nicht hier – möchte ich ihm doch noch sagen, dass die Erfassungsgeräte für Lastwagen nicht im Rahmen der Staatsrechnung behandelt werden, sondern eine separate Vorlage bilden, die im Moment im Ständerat behandelt wird; dies vielleicht noch als Hinweis. Nichtwissen belastet zwar nicht, ist aber nicht immer sehr hilfreich.

Wir müssen nicht relativieren, wir haben es einfacher, denn wir haben immer die gleiche Position vertreten. Das Resultat der Staatsrechnung entspricht unseren Erwartungen. Wir haben stets gesagt, dass wir in finanzieller Hinsicht ein Problem haben, was aber kein Grund zu Überreaktionen, kein Grund zum Hyperventilieren ist. Wir haben uns deshalb auch mit aller Kraft – letztendlich erfolgreich – dagegen gewehrt, dass das Stabilisierungsprogramm 1998 über den Sozialabbau finanziert wird. Es ist an und für sich ein gutes Gefühl, wenn man weiss, dass man recht hat, und es ist ein sehr schönes Gefühl, wenn man dann sogar noch recht bekommt, wie das hier bei der Staatsrechnung 1998 der Fall ist.

Die SP-Fraktion stimmt deshalb dieser Staatsrechnung 1998 zu.

Noch eine Überlegung dazu, welche Lehren aus dieser Übung zu ziehen sind: Wir sollten endlich damit aufhören, die finanzielle Konstitution der Schweiz permanent schlechter darzustellen, als sie es ist. Schauen Sie sich doch die Kennzahlen an, die in der Staatsrechnung publiziert werden. Die Steuerquote ist gemäss Budget 1999 tiefer als 1986. Schauen Sie sich die Fiskalquote im internationalen Vergleich an: 1985 waren wir auf Rang 4, 1997 sind wir auf Rang 2. Für alle Staatsquotenfetischisten: 1985 waren wir bei der Staatsquote auf Rang 1, heute sind wir auf Rang 2. Wir sind lediglich von Irland überholt worden. Zur Verschuldungs-

quote: 1985 Rang 2, 1997 Rang 2. Ich stütze mich hier auf die Publikationen des Eidgenössischen Finanzdepartementes.

Es gibt ein Argument gegen diese einfache Rangliste, die ich Ihnen jetzt dargestellt habe. Die Abstände sind kürzer geworden. Das trifft zu, hat aber zwei Gründe:

1. Auch unsere umliegenden Staaten haben ihre Aufgaben wahrgenommen.

2. Wir haben im Gegensatz zu diesen Staaten ein Nullwachstum. Hätten wir lediglich ein durchschnittliches Wachstum gehabt, wie die Staaten in der EU, dann wären diese Abstände grösser, und wir würden noch besser dastehen.

Wir stimmen dieser Staatsrechnung 1998 zu und werden auf der gleichen Linie weiterfahren. Wir werden eine «kühle» Finanzpolitik betreiben. Wir unterstützen die Massnahmen, die getroffen worden sind. Grund zur Panik besteht nicht.

Wir können in der eingeschlagenen Richtung weiterfahren. Ich denke, das ist für uns und auch für unseren Staat sinnvoll. Sonst geht es uns wie dem Hansli mit dem Wolf: Wenn man immer ruft: «Der Wolf ist da», und er nie kommt, glaubt man es nicht, wenn er dann wirklich kommt.

Dreher Michael (F, ZH): Ich kann feststellen, dass die Staatsrechnung auf den ersten Blick akzeptabel aussieht. Das Problem ist allerdings, dass ich grosse Zweifel – diese werden durch die Ausgabenpolitik und durch die getätigten Ausgaben erhöht – darüber habe, ob der Strukturwandel stattfinden wird.

Das Problem erinnert mich ein wenig an die Einführung des Euro. Da haben nun Länder den Euro gemacht, deren Finanzdisziplin in den letzten dreissig, vierzig Jahren miserabel war – meistens unter der Führung weiser sozialistischer Mehrheiten – und die ihre Währungen zerfallen liessen und sich in der EU zusammenschlossen, um gemeinsam Wetten darüber abzuschliessen, wer am meisten Arbeitslose habe. Unter Ächzen und Würgen haben sie sich auf einen Sprint eingelassen, um die Euro-Kriterien zu schaffen. Das ist noch kein Jahr her, und schon scheint das Kartenhaus zusammenzufallen.

So sehr ich – man kann diesen Vergleich schon bringen – dem Euro wünschen würde, dass er hart wäre, so sehr wünsche ich der Bundesrechnung, dass diese hehren Ziele, die man sich da immer wieder setzt, auch erreicht werden. Nur: Ein Drittel des Parlamentes wird diesen Herbst ausgewechselt – ich rede jetzt einmal nur von den freiwilligen Rücktritten. Es ist nicht anzunehmen, dass die Nachfolger, die ja vor eine Ist-Situation gestellt werden, die erheblich besser ist, als sie vor vier Jahren war, sich dann als grosse Spar- und Ausgabenkürzungspolitiker profilieren werden. Nein, die wollen sich doch aller Voraussicht nach ebenfalls mit Ausgabenwachstum in Szene setzen.

Es ist – meines Erachtens zu Recht – von Herrn Blocher darauf hingewiesen worden, dass die Staatseinnahmen zugenommen haben und die -ausgaben nicht zurückgegangen sind. Es ändert nichts daran, dass das Volk diesen Ausgaben zugestimmt hat. Die Steuerbelastung ist gestiegen. Das kann niemand wegdiskutieren! Ich weiss gar nicht, weshalb man so eine Aufregung verbreitet, wie Herr Marti das getan hat.

Wir werden uns bei der Staatsrechnung 1998 der Stimme enthalten. Wir haben ja das Budget abgelehnt, und da können wir nicht gut der Rechnung zustimmen. Dass die Zahlen richtig zusammengezählt worden sind, bestreiten wir eigentlich nicht.

Den Nachtragskredit werden wir allerdings ablehnen. Eine Regierung, die ständig das Wort «Stabilisierungsziel» im Munde führt, sollte sich eigentlich zu schade sein dafür, dem Parlament solche feministische, undemokratische Exotik zu beantragen.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich möchte nicht alle Zahlen wiederholen. Die Kommissionssprecher haben sich ausführlich und zutreffend dazu geäussert. Ich will eine allgemeine Würdigung vornehmen und kurz auf einige Voten eingehen. Ich danke Ihnen für die differenzierte Debatte, die mit ihren

Schatten- und Sonnenseiten die Situation an sich im Mittel treffend wiedergibt.

Das gute Ergebnis ist auf einige Sonderfaktoren zurückzuführen, aber trotzdem darf man sich darüber freuen. Ich bin der Meinung, dass eine Trendwende schon sichtbar wird. Wenn die Sache auch schöner aussieht, als sie es in Wirklichkeit ist, so ist sie zumindest kein Grund zur Klage. Auch wenn wir den Betrag von rund 3 Milliarden Franken, der sich aus dem einmaligen Ereignis rund um den Börsengang der Swisscom ergibt, abziehen, stellen wir fest, dass das Ergebnis immer noch besser ist als in den letzten Jahren, auch wenn es das Dreifache des Haushaltziels – als Defizit – noch ist. Die Gründe wurden erwähnt.

Sicherlich ist, wie Herr Aregger dies erwähnt hat, die Wirtschaftslage ein zentrales Element. Die Arbeitslosigkeit hat deswegen abgenommen. Die Zinsen sind recht tief. Ich habe immer gesagt, ohne eine Verbesserung der Wirtschaftslage könnten wir die Finanzen nicht sanieren. Dies ist aber nicht das einzige Kriterium. Das gute Ergebnis ist auch das Ergebnis einer klaren Sanierungsstrategie und des zielstrebigsten, unermüdlichen Versuches, überall die Ausgaben etwas zu senken, auch wenn dies eine wahnsinnig schwierige Sisyphusarbeit zu sein scheint.

Die Swisscom habe ich erwähnt. Ein weiterer Grund: Die Verrechnungssteuer verzeichnete einen Höhenflug. Das war im Januar dieses Jahres schon wieder anders. Im Moment sieht es wieder etwas besser aus. Das ist eine Steuer mit erraticen Ausschlägen, von der Sie nie sagen können, wo sie Ende Jahr stehen wird. Es sieht aber so aus, als ob wir das letztjährige Ergebnis bei weitem nicht erreichen können.

Die Stempelsteuern, die wegen der hohen Börsenbetriebssamkeit hoch geblieben sind, haben ebenfalls zum Ergebnis beigetragen; aber auch die direkte Bundessteuer – allerdings nur im Vergleich zum Voranschlag, nicht im Vergleich zu dem, was sie eigentlich einbringen sollte –; dann der Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte, wo etwa 300 Millionen Franken aus der Bundesrechnung herausgenommen und – wie Sie das hier beschlossen haben – sozusagen «intransparent» im Fonds versteckt wurden. Dies ist der Nachteil einer solchen Fondslösung, darauf weisen wir aber auch immer hin.

Es ist klar, dass für den Bundesrat durch diese Rechnung ein bisschen ein Glaubwürdigkeitsproblem entstanden ist. Man hat ein sehr hohes Defizit budgetiert. Jetzt haben wir einen Überschuss, und viele Menschen glauben, alles, was man vorhergesagt hat, sei Zweckpessimismus gewesen. Herr Marti hat die Geschichte vom Wolf erzählt.

Ich muss Ihnen sagen, dass die Verbesserung des Ergebnisses klar begründbar ist. Das wird sich so nicht wiederholen. Uns ist aber bewusst, dass hier ein Kommunikationsproblem besteht.

Frau Kuhn und auch Herr Marti haben gesagt, man solle sich auch einmal freuen dürfen und nicht schon wieder klagen und schwarzmalen. Trotzdem muss ich leider sagen, dass ich alles andere als euphorisch bin. Ich bin der Meinung, dass wir eine Trendwende erreicht haben, dass wir jetzt aber Gefahr laufen, uns vom Ziel wieder etwas zu entfernen. Warum? Wir sind jetzt daran, die Eingaben für das Budget 2000 und für den nächsten Finanzplan zu prüfen. Ich muss Ihnen sagen, dass sich die Lage und die Perspektiven wieder verschlechtern – dies unter Einschluss des Stabilisierungsprogrammes, das jetzt hoffentlich zustande kommen wird. Ich werde noch diese Woche dem Bundesrat Antrag für die Bereinigungsarbeiten des Budgets und des Finanzplanes über den Sommer stellen müssen. Es wird eine recht schwierige Aufgabe sein, diese zu hohen Eingaben, die hier eingegangen sind, noch zu bereinigen.

Ich habe nicht den Eindruck, dass die Verwaltung «übermarcht». Die Verwaltung hat versucht, sich an die Vorgaben zu halten, aber es sind ein paar neue Dinge dazugekommen: Wir mussten die Höhe des Wachstums gegenüber den Annahmen im letzten Finanzplan etwas reduzieren. Das ist eine Folge der Asienkrise. Bei der direkten Bundessteuer harzt es etwas. Sie wissen, was im Asylbereich – Stichwort: Kosovo – auf uns zukommen wird. Das wird sehr erheblich sein. Die

Folgekosten im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen werden bei 600 Millionen Franken liegen. All dem steht ein Wachstumspotential gegenüber, das ist richtig, aber das wird erst mit der Zeit wirksam.

Ich stelle natürlich auch fest, dass allgemein die Begehrlichkeiten in diesem Land wieder zugenommen haben, seit man Morgenluft wittert. Ich darf mir gestatten, als Beispiel Ihren Entscheid zur Erhöhung der Entwicklungshilfe zu erwähnen. Da haben Sie einen Entscheid getroffen, den ich aus dem Herzen voll mitvollziehen kann; aber wir können uns eine Erhöhung schlicht nicht leisten. Ich sehe Ähnliches bei der Kultur, bei der Filmförderung, im Sozialbereich; ich könnte da aufzählen und aufzählen. Jedes einzelne Begehren ist verständlich; ich kann es nicht kritisieren – aber wir können es uns nicht leisten.

Die Messlatte muss das Haushaltziel sein. Dieses Haushaltziel ist nicht etwas, wonach man sich etwas richten und dann «hoffen» kann, es werde erreicht. Das Haushaltziel ist eine Verpflichtung. Wir müssen Massnahmen treffen, damit wir es erreichen. Wir müssen Ihnen ein Budget und einen Finanzplan unterbreiten, welche dem Haushaltziel Rechnung tragen.

Wenn wir das Ziel in der Rechnung nicht erreichen, müssen wir Ihnen Sparvorschläge unterbreiten; das ist etwas Zwingendes.

Ich muss Ihnen sagen: Das Rezept wäre eigentlich relativ einfach: Wir müssen eiserne Disziplin bewahren, wir dürfen dem Staat grundsätzlich keine neuen Aufgaben überbürden, wir müssen das Steuersubstrat sichern, und wir müssen die Sozialwerke nachhaltig konsolidieren. Alle diese Punkte sind leicht gesagt und schwer getan.

Zu einzelnen Bemerkungen, die hier gemacht worden sind: Ich habe in der allgemeinen Debatte schon auf einige Punkte hingewiesen; das will ich nicht wiederholen. Herr Raggenbass hat sich vor allem zur Steuer- und zur Staatsquote geäußert; Herr Scheurer hat ebenfalls auf die Steigerung hingewiesen. Ich habe schon beim vorangehenden Geschäft gesagt, dass ich ganz klar der Meinung bin: Wir sollten alles daransetzen, die Staatsquote im Interesse unseres Arbeitsplatzes stabil zu halten. Dies wird wegen der Sozialversicherungen nicht möglich sein; aber wir sollten die Steigerungen möglichst bescheiden halten.

Ich glaube, die Linken und die Rechten sollten ein Interesse daran haben, denn es geht letztlich um Arbeitsplätze. Ich bin überzeugt, dass wir wegen der flexibleren Arbeitsmärkte, wegen eines flexiblen Sozialsystems, das an sich anpassungsfähig ist, und wegen einer tiefen Staats- und Steuerquote eine Arbeitslosigkeit von unter 3 Prozent haben, während die Europäische Union eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von über 10 Prozent hat.

Das ist doch kein Zufall. Also sollten wir nicht die Fehler, die sich in anderen Ländern ergeben haben, hier wiederholen. Wir würden dies mit einer schwächeren und weniger konkurrenzfähigen Wirtschaft bezahlen. Ich bin mit allen einig, die sich in diesem Sinne geäußert haben. Aber man muss diese Frage – ich komme bei meinen Bemerkungen zum Votum von Herrn Blocher darauf zurück – auch mit der nötigen Differenziertheit betrachten.

Noch zur Pensionskasse des Bundes: Ich bin natürlich froh, dass Sie zustimmen, die Rechnung abzunehmen, wenn auch mit Einschränkungen. Herr Scheurer hat gesagt, er sei ein bisschen enttäuscht darüber, hat dann aber noch ein nettes Kompliment angefügt.

Es ist schade, dass diese Einschränkungen noch nötig sind. Bei der Rechnung 1999 wird es auch noch Einschränkungen geben; das habe ich schon vor einem Jahr gesagt; das ist anders nicht machbar. Aber es ist eine enorme Arbeit geleistet worden. Es ist ein Leistungswille vorhanden, der mich zuversichtlich macht, dass wir die Probleme lösen können. Vor einem Jahr war ich noch nicht ganz so zuversichtlich. Ich habe mir damals die Frage gestellt, ob wir das einer Versicherungsgesellschaft übergeben müssen. Heute sehen wir, dass auch die Versicherungsgesellschaften mit Wasser kochen, sie müssen die gleichen Aufgaben lösen. Ich glaube heute aber, dass das Problem objektiv lösbar ist und die Führungs-

kraft in der Pensionskasse so geartet ist, dass wir das Ziel auch erreichen können. Aber wir werden mindestens noch während einer weiteren Rechnungsperiode mit den Vorbehalten leben müssen. Ich versichere Ihnen, dass wir alles daransetzen, diese Kasse nachhaltig zu sanieren.

Herr Schaller hat auf die Kreditreste hingewiesen. Die gibt es jedes Jahr in dieser Grössenordnung. Sie sind eigentlich kein Signal für einen Spielraum, sondern ein Signal dafür, dass aus übergeordneten Gründen etwas nicht verwendet werden konnte. Sie sind auch ein Signal dafür, dass die Verwaltung am Schluss des Jahres nicht mehr alles um jeden Preis noch «fortpfiffert». Deshalb sollten wir die Verwaltung nicht kritisieren, aber das haben wir ja auch nicht getan. Den Kreditresten stehen natürlich immer die ungefähr gleich hohen Nachträge gegenüber.

Sie haben auf die Steuerreform an «Haupt und Gliedern» hingewiesen. Ich bin klar der Meinung, dass wir versuchen müssen, in Ihrem Sinne wieder Kohärenz in die verschiedenen wuchernden Steuerprojekte zu bringen. Ich versuche das; ich hoffe, wir werden Ihnen zu gegebener Zeit ein Finanzleitbild präsentieren können, zu dem Sie dannzumal Stellung nehmen können. Es sind einige Reformen, die wir jetzt vorantreiben müssen, aber sie müssen letztlich zusammenpassen. Wir werden nicht ganz so weit gehen, wie Sie es vielleicht sehen. Ich glaube, das wäre nicht realistisch. Das soll uns aber nicht daran hindern, ein ehrgeiziges Ziel zu setzen. Wir sind auch der Meinung, dass die Steuerkonkurrenz unter den Kantonen nicht durch eine materielle Harmonisierung eingeschränkt werden darf, weil das letztlich die Fiskalquote nach oben treibt. Steuerkonkurrenz ist grundsätzlich etwas Gutes, aber wir müssen versuchen, dass die stossenden Unterschiede etwas eingedämmt werden – das machen wir über den Finanzausgleich.

Frau Bangerter hat die verschiedenen Steuern aufgezählt, die in der letzten Zeit eingeführt worden sind. Ich muss wiederholen, was gesagt worden ist: Das ist nicht vom Himmel gefallen oder von einem bösen Finanzminister gekommen, der die Steuerquote heraufreiben will, sondern das sind Volksentscheide über Dinge, die man politisch in diesem Lande eben wollte. Das Schweizervolk will die AHV sichern, deshalb war das Mehrwertsteuerprozent nicht bestritten. Bei der Arbeitslosenversicherung hat das Volk zu Senkungen auf der Leistungsseite nein gesagt, also mussten wir halt auf der Einnahmenseite etwas tun. Das ist – ich hätte das auch lieber anders gemacht – eine Anpassung an den Volkswillen, und das ist hier nicht zu kritisieren. Für die LSVA bekommen wir ein modernes Verkehrssystem, und wir können mit Europa die bilateralen Verhandlungen abschliessen. Das müssen Sie alles berücksichtigen.

Nun möchte ich noch ein paar Worte zum Votum von Herrn Blocher sagen – auch wenn er im Moment nicht hier ist –; aber ich muss doch einige Dinge, die er hier behauptet hat, richtigstellen, weil man die nicht so stehenlassen kann: Natürlich ist es richtig, dass wir ein Wachstum von 5,6 Prozent ausweisen, aber wenn man sich die Mühe nimmt, diese Rechnung zu analysieren – und das muss man halt –, dann stellt man fest, dass der grosse «Kostentreiber» eine Doppelzählung bei den SBB ist – die 1,9 Milliarden Franken sind eine Zahlungsspitze, weil wir einen Schrittwechsel gemacht haben; das ist einmalig –; dazu kommt das von Ihnen gewünschte Investitionsprogramm, das sind aber nur etwa 100 Millionen Franken. Ohne diese Posten läge das Ausgabenwachstum bei nur 1,1 Prozent, und das ist stark unter dem Wachstum des Brutto sozialproduktes, und das ist eine beachtliche Leistung.

Wenn Sie schauen, was es dort ist, dann sehen Sie: Es sind die Bildung und die Grundlagenforschung, wo Sie Akzente setzen wollen, es ist die soziale Wohlfahrt, wo in den Bereichen, die nicht die Arbeitslosigkeit betreffen, ein Konsolidierungsbedarf besteht; es sind die Zinsen, die halt steigen, solange wir Defizite haben. Ich muss auch sagen: Die Schuldenzunahme ist natürlich zum Teil gewollt, um von den Zinsen profitieren zu können, weil wir sehr viel, was Sie beschlossen haben, finanzieren müssen, SBB, Post, bei der Pensionskasse: Damit kann man es eben anlegen. All das

sind Dinge, die man wissen muss, bevor man diese Rechnung in der Luft zerreisst, und die einen anderen Aspekt beleuchten.

Ich war auch sehr erstaunt, plötzlich zu hören, das Defizit sei eigentlich eine nicht so wichtige Messzahl. Aus dem gleichen politischen Lager klang es vor einiger Zeit ganz anders. Jetzt geht es plötzlich um die Steuern. Hier bin ich mit der Grundtendenz absolut einverstanden – dies erwähnte ich vorhin. Ich muss Ihnen aber sagen, dass wir im internationalen Vergleich in bezug auf die Steuerquote nach wie vor auf einem sehr tiefen Niveau sind. Wir müssen alles daransetzen, dass dies so bleibt.

Es ist aber nicht richtig, wenn in diesem Staat jetzt Stimmung gemacht wird, wir seien ein Fiskal-, ein Steuerstaat. Vergleichen Sie dies einmal mit anderen Staaten – dann werden Sie ein anderes Bild haben. Wir wollen alles daransetzen, eine gute Steuerquote zu bewahren – wegen der Schwarzarbeit, der Steuerhinterziehung, der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Es ist aber falsch, hier zu behaupten, wir befänden uns in einer «Steuerhölle». Dies entspricht nicht den Tatsachen.

Das Erfassungsgerät für die Lastwagen zur Ermittlung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe können Sie durchaus ablehnen! Ich habe den Eindruck, dass dies eine verspätete Trotzreaktion gegenüber einem unliebsamen Volksentscheid wäre. Wenn Sie dieses Gerät aber ablehnen, dann müssen Sie Ihren Lastwagenfahrern auch erklären, warum Sie diese Steuer, die nun einmal vom Volk beschlossen wurde, mit einem riesigen Papierkrieg bewältigen müssen, warum man dies nicht elegant, elektronisch und ohne viel Aufwand, soll tun können. Ich glaube, dass hier die einzige Wahl liegt, die wir noch haben. Wir haben nicht die Wahl, ob wir dies tun wollen oder nicht, sondern nur jene, ob wir eine für die Wirtschaft tragbare, mit möglichst geringem Erhebungsaufwand verbundene Steuer wollen oder nicht. Dies möglichst ohne Aufwand zu realisieren ist ja auch ein Anliegen der bürgerlichen Parteien – ich meine ein berechtigtes. Für diesen Zweck brauchen wir diese Geräte.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Krediten dann zuzustimmen.

Herr Borel hat sich kurz zur Nationalbank geäussert; auch da muss ich etwas klarstellen: Es trifft natürlich nicht zu, dass da Gewinne gemacht, nur Reserven gebildet und nicht ausgeschüttet werden, das ist seit 1990 nicht mehr so. Wir haben mit der Nationalbank eine Vereinbarung, wonach wir die Reserven nur noch mit dem Brutto sozialprodukt wachsen lassen. Das macht Sinn, weil die Reserven der Nationalbank doch in irgendeinem losen Verhältnis zur wirtschaftlichen Kraft eines Landes und zum Finanzplatz bleiben müssen, der ganze Rest wird aufgrund einer fünfjährigen Vereinbarung ausgeschüttet. Wenn wir zuwenig ausschütten, wird in der nächsten Fünfjahresperiode mehr ausgeschüttet – oder umgekehrt. Aber es wird kein Rappen mehr einbehalten, der aus dieser Sicht nicht gerechtfertigt ist. Deshalb muss ich hier diese Verdächtigung, die Nationalbank würde sich immer «fetter» machen, zurückweisen. Nachdem bei der Nationalbank Guthaben und Reserven – z. B. im Rahmen der Finanzkrisen, die wir hatten – plötzlich mit berücksichtigt werden, um die Solidität des Landes zu beurteilen, ist die These, die Nationalbank komme ohne Reserven durch, letztlich nicht vertretbar.

Ich bin in meinem Votum auf die wesentlichen Dinge eingegangen. Wir haben eine gewisse Trendwende, aber wir sind bei weitem nicht am Ziel. Wir müssen in Zukunft nun alles dafür tun, die Rechnung unter Wahrung einer eisernen Haushaltsdisziplin dem Haushaltziel entsprechend auszugestalten. Das ist politisch etwas lästig, aber letztlich wird sich das lohnen, denn es wird für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes, für die Zukunft eines handlungsfähigen Staates Schweiz, für die Zukunft eines soliden Sozialstaates Schweiz von ganz entscheidender Bedeutung sein.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die gute Aufnahme der Rechnung und bitte Sie auch um Zustimmung bei den Nachtragskrediten.

*Entwurf 99.012 – Projet 99.012**Eintreten ist obligatorisch**L'entrée en matière est acquise de plein droit***A. Bundesbeschluss I über die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1998****A. Arrêté fédéral I concernant le compte d'Etat de la Confédération suisse pour l'année 1998***Detailberatung – Examen de détail***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, nominatif*

(Ref.: 3160)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Ammann Schoch, Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Beck, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Borel, Bosshard, Bühlmann, Bühler, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Columberg, David, de Dardel, Dettling, Donati, Ducrot, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Genner, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jossen, Kalbermatten, Keller Christine, Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Meier Hans, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Ostermann, Pelli, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Scheurer, Schmid Odilo, Semadeni, Simon, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (144)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borer, Dreher, Fehr Hans, Gusset, Moser, Scherrer Jürg, Schlüer, Steffen, Steinemann (9)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Alder, Banga, Binder, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Brunner Toni, Carobbio, Cavalli, Comby, Debons, Dormann, Dünki, Föhn, Frey Walter, Geiser, Giezendanner, Grobet, Hess Peter, Jaquet, Jutzet, Leu, Maspoli, Maury Pasquier, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Oehrl, Philipona, Pidoux, Pini, Rechsteiner Rudolf, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Spielmann, Steinegger, von Allmen, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Ziegler (46)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein

(1)

B. Bundesbeschluss II über die Rechnung 1998 der Rüstungsunternehmen des Bundes**B. Arrêté fédéral II concernant les comptes des entreprises d'armement de la Confédération pour l'année 1998***Detailberatung – Examen de détail***Titel und Ingress, Art. 1–3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1–3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, nominatif*

(Ref.: 3161)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Ammann Schoch, Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Beck, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Bonny, Borel, Borer, Bosshard, Bühlmann, Bühler, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Columberg, David, de Dardel, Dettling, Donati, Ducrot, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Genner, Goll, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jossen, Kalbermatten, Keller Christine, Kofmel, Kuhn, Kühne, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Meier Hans, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrl, Ostermann, Pelli, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Scheurer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Semadeni, Simon, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (146)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Dreher, Fehr Hans, Gusset, Keller Rudolf, Kunz, Moser, Scherrer Jürg, Schlüer, Steffen, Steinemann (10)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Alder, Banga, Binder, Blocher, Bortoluzzi, Brunner Toni, Carobbio, Cavalli, Comby, Debons, Dormann, Dünki, Föhn, Frey Walter, Geiser, Giezendanner, Gonseth, Hess Peter, Jaquet, Jutzet, Leu, Maspoli, Maury Pasquier, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Philipona, Pidoux, Pini, Seiler Hanspeter, Speck, Spielmann, Steinegger, Tschäppät, Vollmer, von Allmen, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Ziegler (43)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein

(1)

C. Bundesbeschluss III über die Rechnung des Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte für das Jahr 1998

C. Arrêté fédéral III concernant les comptes du fonds pour les grands projets ferroviaires pour l'année 1998

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche GesamtAbstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 3162)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
 Aguet, Ammann Schoch, Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Beck, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Bonny, Borel, Bosshard, Bühlmann, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Columberg, David, de Dardel, Dettling, Donati, Ducrot, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Genner, Goll, Gonseth, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jossen, Kalbermatten, Keller Christine, Kofmel, Kuhn, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Meier Hans, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Pelli, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rycken, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Scheurer, Schmid Odilo, Semadeni, Simon, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (143)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borer, Dreher, Fehr Hans, Gusset, Keller Rudolf, Moser, Scherrer Jürg, Schlüer, Steffen, Steinemann (10)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Alder, Banga, Binder, Blocher, Bortoluzzi, Brunner Toni, Bühner, Carobbio, Cavalli, Comby, Debons, Dormann, Dünki, Fasel, Föhn, Frey Walter, Geiser, Giezendanner, Hess Peter, Jaquet, Jutzet, Leu, Maspoli, Maury Pasquier, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Spielmann, Steinegger, Vollmer, von Allmen, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Ziegler (46)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Entwurf 99.013 – Projet 99.013

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über den Nachtrag I zum Voranschlag 1999

Arrêté fédéral concernant le supplément I au budget 1999

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fässler, Borel, Jaquet, Kuhn, Leemann, Schaller)

303 Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

3180.000 Dienstleistungen Dritter

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Baumann Ruedi

708 Bundesamt für Landwirtschaft

3600.231 Inlandbeihilfen Schlachtvieh und Fleisch

3600.241 Verarbeitungs- und Verwertungsbeiträge

Streichen

Art. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fässler, Borel, Jaquet, Kuhn, Leemann, Schaller)

303 Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes

3180.000 Prestations de service de tiers

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Baumann Ruedi

708 Office fédéral de l'agriculture

3600.231 Aides financières pour le bétail de boucherie et la viande

3600.241 Contributions à la transformation et à la mise en valeur

Biffer

Pos. 303.3180.000

Kuhn Katrin (G, AG): Hier finden Sie ein schüchternes «Kreditlein» von 284 000 Franken, dies bei einem Nachtragskreditvolumen von 190 Millionen Franken. In der Finanzkommission gingen alle übrigen Beträge diskussionslos über die Bühne.

Worum geht es bei diesem bescheidenen Kredit? Er ist gedacht für eine kleine Testkampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung im Hinblick auf die Nationalratswahlen in drei Städten; dies in der Hoffnung, dass eine solche Sensibilisierungskampagne Auswirkungen auf die Stimmbeteiligung und auch auf den Frauenanteil im Nationalrat haben könnte. Diese kleine Testkampagne wurde von der Bundeskanzlei in einer Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern des Bundes-

amtes für Statistik, des Bundesamtes für Justiz, des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und des Sekretariates der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen vorbereitet.

Im Vorfeld der heutigen Diskussion hörte ich einiges an Mutmassungen darüber, was sich hinter diesem kleinen Kredit verstecken könnte. Ich möchte Ihnen jetzt ganz genau vorlesen, was da gemeint ist. Ich habe nämlich das Glück, bereits einen Vorabzug des Bundesbüchleins – das Sie im Couvert mit den Wahlunterlagen finden werden – zu besitzen. Genau dieser Tenor, den Herr Bundeskanzler Couchepin im Bundesbüchlein anschlägt, wäre die Idee dieser Sensibilisierungskampagne gewesen. Ich erlaube mir, Ihnen einen Eindruck vom Tenor dieses Abstimmungsbüchleins zu geben. Herr Couchepin sagt dort: «Weil jedem Kanton entsprechend seiner Einwohnerzahl Sitze zustehen, widerspiegelt die 200 Mitglieder zählende Grosse Kammer die Schweizer Bevölkerung.» Das sei die Idee, aber sie entspreche der Realität nur zum Teil. Frauen machten nämlich gut die Hälfte der Bevölkerung aus, im Nationalrat seien sie jedoch heute mit einem Anteil von etwas mehr als einem Fünftel massiv untervertreten. Das steht hier drin. Das darf doch gesagt werden. Weiter steht dort: «Mit 42,2 Prozent war die Wahlbeteiligung 1995 die tiefste seit der Einführung des Verhältniswahlrechts im Jahre 1919. Diese Entwicklung», sagt Herr Bundeskanzler Couchepin, «erfüllt mich mit Sorge.» Ich hoffe – und erwarte das auch –, dass diese Entwicklung auch unser Parlament mit Sorge erfüllt und dass es darum bereit ist, ihr mit einer Sensibilisierungskampagne entgegenzuwirken.

Diese Sensibilisierungskampagne wird nicht irgendwelchen Parteien oder Gruppen Vorteile verschaffen, denn – das ist auch der Tenor dieser Broschüre – erst eine grosse Wahlbeteiligung sorgt dafür, dass die Meinungsvielfalt im Parlament tatsächlich zum Ausdruck kommt und breit abgestützt wird. Ich bitte Sie, im Interesse der Wahlen im Herbst, die doch zu einer Repräsentation unserer gesamten Gesellschaft führen sollten, Ihr Einverständnis zu dieser kleinen Testkampagne zu geben. Mit den Erfahrungen aus der Testkampagne können wir dann mindestens bei den Wahlen in vier Jahren einen echten Beitrag leisten, damit wieder mehr Menschen in diesem Land abstimmen gehen und damit der Frauenanteil im Nationalrat langsam den Tatsachen in der Bevölkerung entspricht.

Roth Maria (S, GE): Le 24 septembre dernier, nous avons mené la discussion sur l'initiative populaire «pour une représentation équitable des femmes dans les autorités fédérales». Le Conseil fédéral proposait de recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative et promettait, en même temps, qu'il allait prendre d'autres mesures afin d'augmenter la représentation des femmes dans les instances politiques fédérales. La Commission fédérale pour les questions féminines a pris le Conseil fédéral au mot et l'a dès lors invité à faire une campagne d'information et de sensibilisation qui a pour but d'augmenter le taux de participation aux élections, d'une part, et la représentation des femmes aux Chambres fédérales, d'autre part.

En effet, tant le fort taux d'abstention du corps électoral que la sous-représentation des femmes dans les instances politiques sont un réel problème pour la démocratie. Peut-on encore parler de représentativité si un ou une parlementaire est élu par 10 pour cent des 30 pour cent des votants? Est-ce que notre démocratie fonctionne correctement si la moitié de la population n'est représentée que par 21 pour cent de femmes? Non, nous ne représentons pas ou plus le peuple, mais une petite élite qui ne s'est pas encore tout à fait résignée, qui croit encore en la démocratie, qui utilise encore son droit fondamental de vote, liberté pour laquelle, sous d'autres cieux, des gens se battent et sont même prêts à mourir.

Pourquoi ce désintérêt pour la politique? Les raisons en sont multiples. Notre société est devenue complexe et il est de plus en plus difficile de comprendre les problèmes et les enjeux.

Le pouvoir politique semble éloigné de la base populaire, entre guillemets, car nous vivons dans de grandes cités où l'on

ne se connaît plus l'un l'autre. Dans ce monde de plus en plus globalisé, qui provoque des sentiments d'insécurité et de peur, on se retire dans ses quatre murs, on essaie de survivre dans cette société individualisée, en se préoccupant de moins en moins de la chose publique. De plus, les concitoyens et les concitoyennes ont l'impression que nous ne sommes ici que pour défendre nos petits privilèges personnels. Il est vrai que, quand les riches de ce Parlement se battent pour se faire des cadeaux fiscaux, on peut un petit peu comprendre ce sentiment dans la population. Nous sommes néanmoins convaincues que nos vieilles institutions démocratiques, qui ont peut-être besoin d'un lifting pour effacer certaines rides gênantes, sont encore bonnes. Il faut, par contre, améliorer la communication, mieux écouter les gens sans tomber dans la démagogie populiste, sensibiliser au danger que l'abstentionnisme et la sous-représentation des femmes comportent pour notre système. Cette campagne ne peut pas être seulement de la responsabilité des partis. Elle doit être équitable. Et quand on connaît la différence des moyens à disposition des partis, cette équité ne serait pas garantie. C'est donc au Conseil fédéral de mener une telle action.

Malheureusement, le Conseil fédéral s'y est pris de manière maladroite, ce qui nous permet de douter de sa bonne volonté, Monsieur le Conseiller fédéral. Le groupe de travail interdépartemental, mis sur pied pour élaborer des propositions, a présenté en janvier 1999 trois variantes, mais c'est seulement en mars que le Conseil fédéral a décidé de soumettre au Parlement la variante la moins chère et la moins efficace. Il refusait une campagne d'affichage ou des spots TV dans toute la Suisse, pour se rabattre sur une campagne test menée dans trois agglomérations seulement.

Par ailleurs, proposer cette campagne, qui concerne la Chancellerie fédérale qui s'occupe des votations fédérales, sous la position «Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes», c'était couler d'avance le crédit, étant donné l'allergie que ce service provoque auprès des élus bourgeois notamment. Ce n'est pas un scoop d'affirmer que les services pour la promotion de l'égalité sont les moins aimés dans les administrations, car ce sont eux qui ont pour mission de déranger les certitudes, de remettre en cause la société traditionnelle et la répartition inégale du pouvoir actuel. Or, qui aime se faire réveiller le matin par son réveil?

Nous ne nous faisons aucune illusion sur l'issue du vote, mais nous espérons que le Conseil fédéral prendra le problème un peu plus au sérieux pour les premières élections du prochain millénaire, afin que le Parlement soit, dans un proche avenir, l'institution représentant la population suisse dans son entier.

Teuscher Franziska (G, BE): Frau Roth hat es gesagt: Am 24. September 1998 hat uns der Bundesrat versprochen, Massnahmen zur Förderung der politischen Gleichstellung von Frauen und Männern im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1999 zu prüfen. Es kam, wie es immer kommt: Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche Massnahmen vorschlug und evaluierte. Es wurde viel gearbeitet, von den Frauen in der Arbeitsgruppe sicher viel «gestossen», von den Männern sicher viel abgeblockt. Der Bundesrat zauderte mit seinen Entscheiden, wenig drang an die Öffentlichkeit.

Mit meiner dringlichen Einfachen Anfrage (99.1013, «National- und Ständeratswahlen 1999. Frauenförderung») in der Frühjahrssession wollte ich vom Bundesrat wissen, welche Taten er jetzt den Worten folgen lässt. Der Bundesrat verkündete damals und versprach, im Sinne eines Tests sollten in drei Städten Informations- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden, in welchen auf die Untervertretung der Frauen hingewiesen werde. Kein grosser Wurf, aber immerhin ein kleines Schrittchen. So dachte die grüne Fraktion damals. Doch auch hier: Es kam wieder einmal alles anders. Statt der erhofften Taten folgte ein langes Warten. Daher konnten die benötigten Gelder nicht mehr in die Botschaft über den Nachtrag I zum Voranschlag 1999 aufgenommen werden.

Dieser formale Schönheitsfehler passte den Herren in den Kram. Die Finanzkommissionen nahmen dies zum willkommenen Anlass, eine Kampagne, die nicht im Sinne der Männermehrheit ist, zu Fall zu bringen. Es wurde gesagt, das Projekt sei zu wenig durchdacht, zu wenig gut vorbereitet usw. So strich dann der Ständerat den Kredit diskussionslos.

Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie alle: Setzen wir die Informations- und Sensibilisierungskampagne für die Wahlen im Herbst 1999 doch noch auf die politische Traktandenliste, auch wenn es jetzt reichlich spät ist! Mit den 284 000 Franken steigen die Chancen, dass mehr Frauen hier im Saal Platz nehmen können; und das ist dringend notwendig.

Bangerter Käthi (R, BE): Das Budget für das Gleichstellungsbüro ist in den letzten Jahren kontinuierlich und überproportional gewachsen. Ich habe in der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen.

Nun wollen die Verantwortlichen des Gleichstellungsbüros noch in allerletzter Minute mit einem «schüchternen Kreditlein» in den Wahlkampf steigen und eine frauenfördernde Wahlkampagne mit Plakaten starten.

Ich finde eine solche Wahlaktion erstens nicht gerecht und zweitens nach den Ereignissen der vergangenen Woche unehrlich: Das Parlament soll Steuergelder für Plakate zur Frauenförderung genehmigen, und einige Tage zuvor wird unsere neue Bundesrätin bei ihrem ersten Auftritt vor diesem Parlament von diesem «giftig» und aggressiv angegriffen. In einer konzertierten Aktion haben sich rote und grüne Politikerinnen verbal auf die neue Bundesrätin gestürzt. Ich habe diese Aktion als beschämend empfunden. Sie, meine Kolleginnen, haben mit Nachdruck und unbedingt eine Frau als Nachfolgerin von Bundesrat Koller verlangt. Heute haben wir diese zweite Bundesrätin, und ich bin sehr froh darüber. Aber: Frau sein ist eben nicht Programm, damit müssen Sie sich abfinden!

Übrigens: Normalerweise lässt man jedem Exekutivpolitiker – für Frauen scheint das nicht zu gelten – hundert Tage Zeit, um sich in die Dossiers einzuarbeiten. Ich fordere Sie, meine Damen, zur aktiven Frauenförderung, zu einer Sensibilisierungskampagne auf. Unterstützen Sie unsere junge Bundesrätin in ihrem momentan wohl schwierigsten Auftrag, eine Lösung für eine humanitäre und gerechte Asylpolitik zu finden! Unterstützen Sie Frau Metzler auch über ideologische Grenzen hinweg, damit sie an ihrem Amt wachsen und sich die notwendige politische Erfahrung erarbeiten kann. Mit ihrer Ausstrahlung wird sie vielen jungen Frauen Mut machen, sich auch politisch zu engagieren. Aktive Frauenförderung braucht Vorbilder, auch im gegenseitigen Umgang. Ich beantrage Ihnen im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Roth Maria (S, GE): Madame Bangerter, est-ce que vous avez réalisé que cette campagne concernait aussi le problème de l'abstentionnisme? Est-ce que ça vous est égal, si vous êtes élue par 10 pour cent de 30 pour cent de votants ou de votantes?

Bangerter Käthi (R, BE): Es liegt an uns Frauen, die Frauen zu motivieren – mit unserem Vorbild, nicht nur über Wahlplakate. Leben wir die Gleichberechtigung! Akzeptieren wir auch die anderen Frauen, auch wenn sie anders denken als wir!

Schaller Anton (U, ZH): Unsere Fraktion unterstützt diesen Beitrag an diese Sensibilisierungskampagne; denn es ist eine Tatsache – und das sollten wir unterstreichen –, dass die Frauen in der Politik, in dieser eigentlichen Männerdomäne, noch nicht so vertreten sind, wie sie es sein könnten. Es ist eine Tatsache, dass es eher die Frauen auf der linken und der grünen Seite sind, die heute in der Politik stark mitwirken. Es ist auch eine Tatsache, dass vor allem auf der Seite der rechten Parteien nicht die Frauen dominant sind, sondern dass dort immer noch die Männer eine sehr starke Dominanz in der Politik haben. Es wird gerade diesen Parteien gut anstehen, wenn etwas mehr Farbe in ihre Reihen kommt und das weibliche Element der Politik hier etwas stär-

ker vertreten ist. Gerade dieser Seite würde das gut anstehen; deswegen ist diese Sensibilisierungskampagne eigentlich in ihrem Sinne, und deshalb sollten gerade sie diesem kleinen Kredit zustimmen. Denn diese Sensibilisierung ist jetzt angesagt und liegt in ihrem ureigensten Interesse.

Fässler Hildegard (S, SG), Berichterstatterin: Herr Dreher meinte in seinem Votum wohl nicht, dass seine Fraktion alle Kredite des Nachtrages I ablehnen werde, sondern nur den, der soeben besprochen wurde.

Herr Blocher hat mich ein bisschen erstaunt, immerhin ist er Mitglied der Finanzkommission. Er hat gesagt, seine Fraktion sei gegen den Verpflichtungskredit für die Erfassungsgeräte für die Lastwagen. Wenn ich das Protokoll nachlese, dann sehe ich: Die Kommission beschliesst «stillschweigend Zustimmung zu den Nachtragskrediten des UVEK sowie zur Vorfinanzierung der Neat von 290 Millionen Franken». Bei der Gesamtabstimmung heisst es: «Die Kommission heisst den Nachtrag I zum Voranschlag 1999 einstimmig gut.» Ich habe damals nichts von einer Kritik gehört.

Wenn man schon Mitglied der entsprechenden Kommission ist, sollte man die Kritik auch dort anbringen. Das geht natürlich nur, wenn man anwesend ist.

Den Antrag der Minderheit, den Frau Kuhn vorgestellt hat, hat die Finanzkommission mit 11 zu 6 Stimmen abgelehnt. Dass ich anderer Ansicht bin, scheint klar zu sein.

Friderici Charles (L, VD), rapporteur: Je répète ce que j'ai déjà dit lors de l'entrée en matière, c'est-à-dire qu'à l'instar du Conseil des Etats, la Commission des finances, par 11 voix contre 6, a refusé ce crédit de 284 000 francs.

Ce crédit porte sur le financement d'une campagne de sensibilisation à l'égalité entre femmes et hommes dans le cadre de la campagne pour les élections au Conseil national. En effet, la commission estime qu'il n'appartient pas à la Confédération de financer une telle opération. Par ailleurs, la campagne en question doit toucher uniquement trois agglomérations. Enfin, elle est de nature à favoriser indûment une personne ou une autre, dans le cadre des élections fédérales au Conseil national.

C'est pourquoi la commission a refusé ce crédit. Nous vous invitons donc à rejeter la proposition de minorité.

Par ailleurs, j'ajoute une réflexion toute personnelle. Je crois qu'on ne fait que de dénigrer la cause des femmes si, chaque fois qu'il y a un thème qui concerne justement les femmes et le Parlement, toutes les femmes viennent s'exprimer à tour de rôle. Je crois qu'il faudrait que vous trouviez ici, Mesdames, une ou deux porte-parole et que vous nous fassiez économiser parfois un tout petit peu de temps de parole. Avec ceci, vous serviriez la cause des femmes plutôt que le contraire.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	66 Stimmen

Pos. 708.3600.231, 708.3600.241

Baumann Ruedi (G, BE): Ich gebe zu, dass die Nachtragskredite für Überschussverwertungsmassnahmen eines meiner Lieblingsthemen ist. Für mich gibt es keine oder fast keine sinnlosen Ausgaben als diese Nachtragskredite. Für die grüne Fraktion ist es unverantwortlich, Herr Blocher, still und leise 22 Millionen Franken für strukturelle Überschüsse auszugeben. Dies, nachdem der Voranschlag 1999 bereits sehr hohe Ausgaben für die Landwirtschaft vorsieht. In diesem Zusammenhang hat man in der Finanzkommission auch bereits von einem «Couchepin-Buckel» gesprochen.

Gemeint sind die überdurchschnittlich hohen Ausgaben bei der Landwirtschaft. Im ordentlichen Voranschlag 1999 werden die üblichen 4 Milliarden Franken pro Jahr bereits massiv überschritten – 300 Millionen Franken mehr als beispielsweise 1997. Seit dem 1. Januar 1999 ist das Landwirtschaftsgesetz in Kraft. Es verlangt eine Reduktion der Marktinterventionen um einen Drittel zugunsten der Direktzahlungen,

von 1,2 Milliarden Franken auf 800 Millionen Franken pro Jahr innert fünf Jahren. Artikel 13 des Landwirtschaftsgesetzes schreibt vor: «Für den Abbau strukturell bedingter Überschüsse richtet er» – gemeint ist der Bund – «keine Beiträge aus.» Für strukturelle Überschüsse dürfen also gar keine Beiträge mehr ausgerichtet werden.

Hier wird aber nun genau das Gegenteil gemacht. Die Position 708.3600.241, Verarbeitungs- und Verwertungsbeiträge, ist im Budget bereits 10 Millionen Franken höher als in der Staatsrechnung 1997, nämlich 119 Millionen Franken statt 109 Millionen Franken. Jetzt sollen wir noch einmal 16 Millionen Franken in die Überschussverwertung stecken. Geltend gemacht wird eine Most- und Tafelobst-Grossernte, und argumentiert wird, die Nachtragskredite dienten der Erhaltung der Hochstamm-Obstbäume in der Landwirtschaft.

Wenn dem so wäre, würde ich als Grüner natürlich sehr gerne zustimmen. Leider ist es in Tat und Wahrheit aber so, dass ein Grossteil dieser Überschüsse an Obstsaftkonzentrat – sie sind in entsprechenden Lagern vorhanden – aus Tafelobst-Intensivanlagen stammen. Wollte man wirklich die Hochstamm-Obstbäume fördern – und dafür würde ich mich verwenden –, könnte man die Beiträge pro hochstämmigen Obstbaum (sie betragen zurzeit 15 Franken pro Baum) erhöhen. Aber daran denkt man offensichtlich nicht.

Gleiches oder Ähnliches lässt sich zu den Fleischüberschüssen sagen. Zugunsten des Nachtragskredites zwecks Überschussverwertung wird hier seit Jahren mit der BSE-Krise wegen des Rinderwahnsinns argumentiert. Wenn das so weitergeht, werden wir nächstes Jahr wahrscheinlich einen Nachtragskredit für die «Güggeliproduzenten» sprechen müssen, weil sie auf eine Dioxin-Krise hinweisen können. Für mich sind das strukturelle Überschüsse. Der Bund sollte meines Erachtens nicht intervenieren. Man sollte den Markt spielen lassen.

Ich habe heute morgen gut aufgepasst, Herr Blocher. Sie haben weniger Steuern verlangt, weniger Abgaben, und das heisst auch weniger Nachtragskredite. Ich möchte die Probe aufs Exempel machen: Wie werden Sie sich bei diesen Nachtragskrediten von 22 Millionen Franken verhalten?

Noch eine Bemerkung zu dieser – wie Sie sie genannt haben – «Zwangsversicherung», die «glücklicherweise» abgelehnt wurde: Ich weiss, es ist ein gewagter Vergleich, aber ich kann es mir nicht verkneifen: Jeder Bauer, ich eingeschlossen, erhält pro Kuh vom Bund mehr Geld, als in der Mutterschaftsversicherung pro Kind vorgesehen war. Wenn ich daran denke, bin ich der Meinung, dass diese beiden Nachtragskredite übertrieben und nicht notwendig sind.

Ich bitte Sie, meinen Streichungsanträgen zu folgen.

Ruckstuhl Hans (C, SG): Im Namen der CVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die beiden Anträge Baumann Ruedi abzulehnen. Wie Sie gehört haben, betreffen sie die Positionen 708.3600.231 und 708.3600.241. Bei der Position 231 betrifft es Inlandbeihilfen im Sinne einer durch das Parlament zu genehmigenden Kreditübertragung. Diese wurde notwendig, weil einerseits die Viehexporte unter dem Vorwand von BSE verunmöglicht wurden, wie das Herr Baumann in diesem Teil seines Votum richtig gesagt hat. Diese Verunmöglichung der Viehexporte hat zu einem Preiseinbruch beim grossen Schlachtvieh, insbesondere bei den Verarbeitungstieren, geführt, der sich innert fünf Jahren durch Einkommenseinbussen von 50 bis 60 Prozent ausgewirkt hat.

Bei dieser Vorlage, die ich nicht wie Herr Baumann als sinnlos bezeichnen möchte, handelt es sich in folgenden Bereichen um eine positive Angelegenheit:

1. Wir haben Gelegenheit, damit humanitäre Hilfe zu leisten, indem die Nahrungsmittel Leuten zukommen, die es absolut nötig haben; die entsprechende Verteilung erfolgt über die Deza.

2. Wir sichern damit das Überleben von Graswirtschaftsbetrieben, die in der Strukturbereinigung, die die Landwirtschaft zum Teil trifft, besonders hart getroffen werden.

Die Vorlage ist kostenneutral, weil sie auf der anderen Seite die Sperrung des gleichen Betrages unter dem Titel «Ausfuhrbeihilfen für Zucht- und Nutzvieh» betrifft.

Bei der Position 708.3600.241 handelt es sich um den bereits bei der Budgetdebatte vom letzten Herbst beantragten und auf Wunsch des Bundesrates auf den Weg des Nachtragskredites verwiesenen Verwertungsaufwand der ausserordentlichen Mostobsternte vom letzten Herbst. Nachdem die Produzentenpreise beim Mostobst um 30 Prozent gesenkt wurden, haben die Bauernfamilien die Mehrerträge an Früchten praktisch gratis abgeliefert. Herr Baumann sagt, damit betrieben wir Strukturerhaltung. Das trifft in dem Sinne zu, dass wir die Hochstamm-Obstbäume in unserer Landschaft damit eher erhalten können, als wenn wir die Verwertungsverluste auch noch auf die Produzenten abwälzen würden. Dieser Nachtragskredit wurde bereits angekündigt; ich erachte es durchaus als fair, wenn wir heute auf diese Position zurückkommen.

Wir könnten in diesem Zusammenhang ebenfalls auf das Exporthemmnis zurückkommen und eine Grundsatzdebatte darüber führen, wieweit der Bundesrat mehr Druck auf das EWR-Protokoll 3 aufsetzen könnte. Wir hätten dann auch bessere Exportmöglichkeiten und müssten die Preise unserer Produkte nicht auf Weltmarktniveau hinunterdrücken und danach im EWR-Bereich wieder auf das EU-Preisniveau anheben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Bundesrat auch daran erinnern, dass er im Zusammenhang mit dem Gatt-Abkommen immer wieder gesagt hat, er wolle, dass die Schweiz in diesem Bereich nicht ein Musterknabe, sondern lediglich ein anständiges Mitglied sei. Der Abbau von 75 Millionen Franken bei den Stützungsmaßnahmen hat nun wohl trotzdem dazu geführt, dass wir Musterknaben sind. Mit den 13 Millionen Franken, die hier in einer anderen Position als Nachtragskredit aufgeführt sind, sind wir aber eher kleinlich im Vergleich mit dem, was an und für sich im Bereich der Exportförderung für verarbeitete Agrarprodukte aus unserem Land hinaus möglich wäre.

Ich bitte Sie, die beiden Anträge Baumann Ruedi abzulehnen.

Bangerter Käthi (R, BE): Die Streichungsanträge Baumann Ruedi sind abzulehnen.

Es geht beim einen um «Inlandbeihilfen Schlachtvieh und Fleisch»; Schlachtvieh und Fleisch unterliegen wegen BSE Ausfuhrrestriktionen. Es sollen nun zusätzliche Mittel zur Finanzierung von Fleischausfuhren im Rahmen humanitärer Hilfe eingesetzt werden. Dieser Kredit von 6 Millionen Franken führt nicht zu Mehrausgaben. Er ist kostenneutral, denn derselbe Betrag wird innerhalb der Landwirtschaft kompensiert. Der zweite Streichungsantrag betrifft die Obstverwertung. Anlässlich der letzten Budgetdebatte wurde bereits signalisiert, dass ein höherer Betrag – man ging damals von etwa 13 Millionen Franken aus – ins Budget aufgenommen werden sollte. Bundesrat und Parlament haben die Erhöhung abgelehnt und auf den ordentlichen Weg des Nachtragskredites verwiesen. Eine Streichung würde hier nun wirklich gegen Treu und Glauben verstossen.

Beide Streichungsanträge sind deshalb klar abzulehnen.

Präsidentin: Die liberale Fraktion teilt mit, dass sie die Anträge Baumann Ruedi ablehnt.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich versuche, es kurz zu machen. Der Bundesrat beantragt, die Streichungsanträge Baumann Ruedi abzulehnen.

Schlachtvieh und Fleisch: Diese Mittel werden zur Finanzierung von Fleischexporten eingesetzt, sie sollen den inländischen Markt entlasten. Das gegenwärtige Ungleichgewicht – Sie wissen das – wurde durch die Erschwerung von Exporten von Zucht- und Nutzvieh verursacht.

Es werden aber gleichzeitig Kredite in der gleichen Höhe gesperrt, welche sonst für die Erleichterung von Exporten von Zucht- und Nutzvieh verwendet worden wären. Deshalb ergibt sich für die Bundeskasse keine zusätzliche Belastung. Der Landwirtschaft werden durch diesen Nachtragskredit keine zusätzlichen Mittel zugeführt, aber ohne diese Mittel wächst der bereits bestehende Fleischberg im Inland weiter

an, und dieser muss früher oder später dann auch wieder mit öffentlichen Mitteln abgebaut werden. Deshalb ist ein Nein zu diesem Nachtragskredit keine Problemlösung.

Es wurde zu Recht gesagt, dass die Verarbeitungs- und Verwertungsbeiträge schon beim Budget besprochen worden sind. Ich habe mich damals dazu schon geäußert. Hier die Vorgeschichte: Ein Teil der Vorgeschichte ist dieselbe wie beim Fleisch. Es geht auch hier um die Verwertung einer zu grossen Produktion und von Überschüssen. Der zweite Teil war unsere Diskussion hier im Rahmen des Voranschlages. Schon letztes Jahr zeichneten sich diese Verwertungsprobleme ab, doch die Höhe der Verwertungsverluste war ungewiss. Deshalb habe ich mich damals dagegen gewehrt, irgendeinen Kredit, d. h. einen Kredit in einer Höhe, die niemand festlegen konnte, hineinzunehmen.

Sie haben dann verzichtet, einem entsprechenden Minderheitsantrag Weyeneth zuzustimmen, und zwar auf meine damalige Zusicherung hin, der Bundesrat werde einem Nachtragskredit zustimmen, sobald man die näheren Daten und Angaben habe.

Mit diesem Nachtragskredit löst nun der Bundesrat das Versprechen ein. Sie können den Kredit aber durchaus auch in den Zusammenhang mit «Agrarpolitik 2002» stellen. Er lässt sich als eine Überbrückungshilfe interpretieren, mit der der Anpassungsschock gemildert werden kann. Es werden weder im ersten noch im zweiten Fall Anreize ausgelöst, um die Produktion auszudehnen. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass wegen dieser beiden Kredite in einem Jahr neue Nachtragskredite für die Verwertung grösserer Überschüsse anbegehrt werden müssen.

Deshalb können Sie diesen Nachtragskrediten durchaus zustimmen.

Baumann Ruedi (G, BE): Ich habe das Landwirtschaftsgesetz zitiert. Es sagt klar, dass der Bund ab dem 1. Januar 1999 keine Beiträge für strukturelle Überschüsse gewähren darf. Nun sind in diesen Bereichen Jahr für Jahr entsprechende Überschüsse entstanden. Glauben Sie nicht, dass das strukturelle Überschüsse sind, wenn sie sich Jahr für Jahr wiederholen?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Das erste ist eine Umlagerung von Exportkrediten in einen anderen Bereich. Das zweite betrifft eine Ernte vom Vorjahr, wo wir gewisse Zusagen gemacht haben. Deshalb halten wir die Nachtragskredite für vertretbar.

Pos. 708.3600.231

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Baumann Ruedi	58 Stimmen
Dagegen	80 Stimmen

Pos. 708.3600.241

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Baumann Ruedi	55 Stimmen
Dagegen	82 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe	139 Stimmen (Einstimmigkeit)
-------------------------	---------------------------------

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 3165)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Ammann Schoch, Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Beck, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Columberg, David, de Dardel, Dettling, Donati, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fässler, Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hubmann, Imhof, Jossen, Keller Christine, Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Pelli, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Semadeni, Simon, Stamm Luzi, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Thanei, Theiler, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (130)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Baumann Ruedi, Blocher, Bühlmann, Dreher, Fasel, Genner, Gonseth, Hollenstein, Moser, Steinemann, Teuscher, von Felten (12)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Grobet, Ostermann, Wiederkehr (3)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Alder, Banga, Baumann Stephanie, Baumberger, Binder, Bühner, Cavalli, Christen, Comby, Debons, Dormann, Eymann, Föhn, Frey Walter, Geiser, Giezendanner, Gross Jost, Grossenbacher, Hess Peter, Hochreutener, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Kalbermatten, Kühne, Leu, Maspoli, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Oehrli, Philipona, Pidoux, Pini, Schenk, Scherrer Jürg, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Steiner, Tschäppät, Tschopp, von Allmen, Waber, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Ziegler (54)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Voranschlag 1999. Nachtrag I

Budget 1999. Supplément I

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommeression
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	99.013
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.06.1999 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1109-1125
Page	
Pagina	
Ref. No	20 046 016

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.